



N i e d e r s c h r i f t

**der 51. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
27.02.2019**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 14:00 Uhr bis 18:50 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Hendrik Lange	Vorsitzender des Stadtrates, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:34 Uhr
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme von 14:20 Uhr bis 18:30 Uhr
Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Frank Sängner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 18:09 Uhr
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:52 Uhr
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dirk Gernhardt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Renate Krimmling	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme ab 14:23 Uhr
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Sten Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Katja Müller	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme ab 14:06 Uhr
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme ab 14:10 Uhr
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme bis 18:53 Uhr
Frigga Schlüter-Gerboth	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme von 14:17 Uhr bis 17:47 Uhr
Fabian Borggrefe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme ab 14:20 Uhr
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 19:25 Uhr

Dr. med. Detlef Wend
Marko Rupsch
Wolfgang Aldag

Dr. Inés Brock
Christian Feigl
Dennis Helmich
Melanie Ranft
Dr. Regina Schöps

Yvonne Winkler
Tom Wolter
David Hügel
Gernot Nette
Alexander Raue
Gerhard Pitsch

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Teilnahme bis 16:23 Uhr
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion MitBÜRGER ,
Teilnahme ab 14:05 Uhr
Fraktion MitBÜRGER
Fraktion MitBÜRGER
AfD Stadtratsfraktion Halle
AfD Stadtratsfraktion Halle
AfD Stadtratsfraktion Halle
Stadtrat

Verwaltung

Egbert Geier
René Rebenstorf
Dr. Judith Marquardt
Katharina Brederlow
Sabine Ernst
Oliver Paulsen
René Simeonow
Marco Schreyer
Ivo Schneider
Maik Stehle

Beigeordneter für Finanzen und Personal
Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Beigeordnete für Kultur und Sport
Beigeordnete für Bildung und Soziales
Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Grundsatzreferent des Oberbürgermeisters
amt. Leiter Fachbereich Rechnungsprüfung
Leiter Fachbereich Recht
Leiter Abteilung Liegenschaften
Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Dr. Annegret Bergner
Christoph Bernstiel
André Cierpinski
Marion Krischok
Torsten Schiedung
Annika Seidel-Jähmig
Prof. Dorothea Vent

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion MitBÜRGER

zu Einwohnerfragestunde

Herr Lange eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu Ruben Hacker zum Wildentenweg

Herr Hacker fragte, wann die Instandsetzung der Winterschäden im Wildentenweg realisiert wird und wann eine Beantwortung der Fragen aus dem offenen Brief erfolgen wird.

Herr Rebenstorf sagte zu, Herrn Hacker in der nächsten Woche über den Stand der Instandsetzung der Winterschäden zu informieren.

Frau Ernst sagte, dass die Fragen aus dem offenen Brief in der Zukunftswerkstatt Kröllwitz beantwortet wurden. Die Fragen zum Verkehrskonzept werden voraussichtlich im zweiten Quartal vor Ort im Rahmen einer weiteren Zukunftswerkstatt vorgestellt.

zu Gerda Böhme zur Initiative Stadtgarten Glaucha

Herr Lange informierte darüber, dass Frau Böhme vorab ihr Einverständnis gegenüber TV Halle zur Aufzeichnung ihres Redebeitrages erklärt hat. TV Halle ist angewiesen, keine anderen Personen mit aufzuzeichnen.

Frau Böhme sprach stellvertretend für die Bürgerinitiative Stadtgarten Glaucha und übergab der Verwaltung eine Unterschriftenliste zum Erhalt und der Weiterführung des Postkult-Projektes Stadtgarten. Sie fragte, ob die Verwaltung bei der Realisierung dieses Vorhabens unterstützen kann, um eine langfristige Perspektive für den neuen Stadtgarten in Glaucha zu schaffen und in welcher Form diese Unterstützung erfolgen wird.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass die Verwaltung das Thema Stadtgarten Glaucha unterstützt und an einer schnellen Lösung interessiert ist. Derzeit wird mit dem Künstlerhaus 188 ein gemeinsames Konzept erarbeitet.

zu Rüdiger Breiting zu einer Mülldeponie

Herr Breiting legte der Verwaltung einen umfassenden Fragenkatalog zur Bodenkippe Ammendorf vor.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Thematik bereits in einem persönlichen Termin mit Herrn Breiting erläutert wurde. Die gestellten Fragen aus der Dezember-Sitzung wurden umfassend beantwortet.

zu **Ronny Wagner zur Schulsanierung Grundschule Hanoier Straße**

Herr Wagner sprach als Vorsitzender des Schulelternrates Hanoier Straße und fragte, ob die Verwaltung ein externes Busunternehmen mit dem Transport der Schülerinnen und Schüler in das Ausweichquartier in der Ottostraße beauftragen wird. Durch den späteren Schulbeginn wäre für viele Eltern die Inanspruchnahme des Frühhortes erforderlich, verbunden mit zusätzlichen Kosten in Höhe von 1080 Euro.

Frau Brederlow sagte, dass die Inanspruchnahme eines Busunternehmens schwierig ist, da viele Unternehmen keine ausreichenden Kapazitäten haben. Zur Frage des Frühhortes sagte sie eine schriftliche Antwort zu.

zu **Rodney Thomas zur Kommunalwahl**

Herr Thomas fragte die SPD-Fraktion, ob Pro Familia das Recht hat, jungen Frauen den Kinderwunsch auszureden.

Herr Lange machte darauf aufmerksam, dass die Fragen an die Verwaltung zu richten sind.

Herr Thomas bat daraufhin um Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Geier sagte, dass jeder Fall einzeln zu betrachten ist.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 51. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde vom Vorsitzenden, **Herrn Hendrik Lange**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 45 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten (78,95 %) fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Lange schlug vor, folgende Punkte von der Tagesordnung zu nehmen:

TOP 7.1.1

Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen in der Stadt Halle (Saale) zur Stärkung der Demokratie in den Quartieren (VI/2018/04618)

Vorlage: VI/2018/04704

- ➔ **Vorschlag: absetzen**
- ➔ **im Hauptausschuss vom Antragsteller zurückgezogen**

TOP 7.3.1

Änderungsantrag der Fraktion MitBürger zur Beschlussvorlage Parkraumkonzept für Paulus- und Medizinerviertel - Vertiefende Untersuchung und Kostenschätzung (Vorlage:

VI/2017/03155)

Vorlage: VI/2019/04904

- ➔ **Vorschlag: absetzen**
- ➔ **im Planungsausschuss vom Antragsteller zurückgezogen**

TOP 8.1

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Garagengrundstücksnutzung von Garagengemeinschaften in der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2018/04656

- ➔ **Vorschlag: vertagen**
- ➔ **im Hauptausschuss vertagt**

TOP 8.3

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bau eines Sportplatzes in der Silberhöhe

Vorlage: VI/2018/04659

- ➔ **Vorschlag: vertagen**
- ➔ **in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 8.6

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Anpassungsmaßnahmen an geänderte Klimabedingungen

Vorlage: VI/2018/04378

- ➔ **Vorschlag: vertagen**
- ➔ **in den Fachausschüssen vertagt**

Herr Lange machte auf folgende zwei Dringlichkeitsvorlagen aufmerksam und bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung:

Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VI/2019/04932

Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Besetzung von beratenden Ausschüssen durch sachkundige Einwohner
Vorlage: VI/2019/04936

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
VI/2019/04932 2/3 Mehrheit

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
VI/2019/04936 2/3 Mehrheit

Im Weiteren machte **Herr Lange** auf folgende Änderungen und Ergänzungen aufmerksam:

TOP 7.1

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen in der Stadt Halle (Saale) zur Stärkung der Demokratie in den Quartieren
Vorlage: VI/2018/04618

- ➔ **hierzu liegen folgende Änderungsanträge vor:**
 - ÄA SPD-Fraktion -> Behandlung unter TOP 7.1.2
 - ÄA Fr. Dr. Brock zum ÄA SPD -> Behandlung unter TOP 7.1.2.1
 - ÄA CDU/FDP-Fraktion – > Behandlung unter TOP 7.1.3

TOP 8.4

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erhöhung der Sportstättenkapazitäten in Halle-Neustadt
Vorlage: VI/2018/04658

- ➔ **hierzu liegt ein Änderungsantrag des Oberbürgermeisters vor, Behandlung unter TOP 8.4.1**
- ➔ **Änderung des Beschlussvorschlages**

TOP 9.1

Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Entwicklung eines Sportstättenkonzeptes für unsere Stadt Halle (Saale)

- ➔ **hierzu liegt ein Änderungsantrag des Fraktion MitBürger vor, Behandlung unter TOP 9.1.1**

TOP 9.3

Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Errichtung einer Outdoorfitnessstrecke

Vorlage: VI/2019/04861

- ➔ **hierzu liegt ein Änderungsantrag des Oberbürgermeisters vor**
- ➔ **Behandlung unter TOP 9.3.1**

TOP 9.8

Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle zur Initiativbewerbung für die Ansiedlung der „Agentur für Disruptive Innovationen in der Cybersicherheit“ am Standort Halle (Saale)

Vorlage: VI/2019/04881

Beschlussvorsachlag geändert

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung. **Herr Lange** bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 19.12.2018
- 3.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 30.01.2019
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 30.01.2019
Vorlage: VI/2019/04926
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen in der Stadt Halle (Saale) zur Stärkung der Demokratie in den Quartieren
Vorlage: VI/2018/04618

- 7.1.1. *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen in der Stadt Halle (Saale) zur Stärkung der Demokratie in den Quartieren (VI/2018/04618)*
Vorlage: VI/2018/04704 *abgesetzt*
- 7.1.2. *Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen in der Stadt Halle (Saale) zur Stärkung der Demokratie in den Quartieren (VI/2018/04618)*
Vorlage: VI/2019/04914
- 7.1.2.1. *Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Inés Brock (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen in der Stadt Halle (Saale) zur Stärkung der Demokratie in den Quartieren" (VI/2018/04618); VI/2019/04914*
Vorlage: VI/2019/04917
- 7.1.3. *Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen in der Stadt Halle (Saale) zur Stärkung der Demokratie in den Quartieren (VI/2018/04618)*
Vorlage: VI/2019/04915
- 7.2. *Widmung der Frau-von-Selmnitz-Straße*
Vorlage: VI/2019/04744
- 7.3. *Parkraumkonzept für Paulus- und Medizinerviertel - Vertiefende Untersuchung und Kostenschätzung*
Vorlage: VI/2017/03155
- 7.3.1. *Änderungsantrag der Fraktion MitBürger zur Beschlussvorlage Parkraumkonzept für Paulus- und Medizinerviertel - Vertiefende Untersuchung und Kostenschätzung (Vorlage: VI/2017/03155)*
Vorlage: VI/2019/04904 *abgesetzt*
- 7.4. *Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 32 „Sonderbaufläche Solarpark Trotha, Köthener Straße“ - Abwägungsbeschluss*
Vorlage: VI/2018/04513
- 7.5. *Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 32 „Sonderbaufläche Solarpark Trotha, Köthener Straße“ - Feststellungsbeschluss*
Vorlage: VI/2018/04514
- 7.6. *Baubeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 200 Ufermauer Saline (UM 004)*
Vorlage: VI/2018/04614
- 7.7. *Vergabe des neuen Straßennamens Rauchfußstraße*
Vorlage: VI/2018/04655
- 7.8. *Marktsatzung der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2018/04264

- 7.8.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Marktsatzung der Stadt Halle (Saale)" VI/2018/04264
Vorlage: VI/2019/04898
- 7.9. Gastschulbeiträge
Vorlage: VI/2018/04232
- 7.10. Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VI/2019/04932
- 8. Wiedervorlage
- 8.1. *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Garagengrundstücksnutzung von Garagengemeinschaften in der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2018/04656 vertagt
- 8.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) "Kulturelle Freiräume entwickeln"
Vorlage: VI/2018/04664
- 8.3. *Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bau eines Sportplatzes in der Silberhöhe*
Vorlage: VI/2018/04659 vertagt
- 8.4. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erhöhung der Sportstättenkapazitäten in Halle-Neustadt
Vorlage: VI/2018/04658
- 8.4.1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Fraktion zur Erhöhung der Sportstättenkapazität in Halle-Neustadt (VI/2018/04658)
Vorlage: VI/2019/04907
- 8.5. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einrichtung einer Zweigbibliothek im halleschen Osten
Vorlage: VI/2018/04671
- 8.6. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Anpassungsmaßnahmen an geänderte Klimabedingungen*
Vorlage: VI/2018/04378 vertagt
- 8.7. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Teilnahme an der Präventionskampagne „Luisa ist hier!“
Vorlage: VI/2018/04474
- 9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Entwicklung eines Sportstättenkonzeptes für unsere Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04862
- 9.1.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBürger zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Entwicklung eines Sportstättenkonzeptes für unsere Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04944

- 9.2. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Sicherstellung des kostenfreien Amtsblattbezuges
Vorlage: VI/2019/04839
- 9.3. Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Errichtung einer Outdoorfitnessstrecke
Vorlage: VI/2019/04861
- 9.3.1. Änderungsantrag der Oberbürgermeisters zum Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Errichtung einer Outdoorfitnessstrecke (VI/2019/04861)
Vorlage: VI/2019/04922
- 9.4. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Verzicht auf Verkäufe von Anteilen kommunaler Unternehmen im Rahmen der Konsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: VI/2019/04868
- 9.5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Kommunalen Investitionsimpuls
Vorlage: VI/2019/04889
- 9.6. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Information über Baumfällungen und Baumpflanzungen
Vorlage: VI/2019/04890
- 9.7. Antrag der Fraktion MitBürger zum Bewerbermanagement der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04877
- 9.8. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle zur Initiativbewerbung für die Ansiedlung der „Agentur für Disruptive Innovationen in der Cybersicherheit“ am Standort Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04881
- 9.9. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle zur Unterstützung des Fördervereins der 2. IGS Halle unter Mitwirkung der Schule und Schulvertretern bei der Planung, Umsetzung und feierlichen Einweihung eines Bolzplatzes mit Fußballtoren
Vorlage: VI/2019/04887
- 9.10. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle zur Beschaffung von Dokumentenprüfgeräten für die Bürgerservicestellen
Vorlage: VI/2019/04888
- 9.11. Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Besetzung von beratenden Ausschüssen durch sachkundige Einwohner
Vorlage: VI/2019/04936
- 10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 10.1. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Durchführung der elektronischen Abrechnung von Parkvorgängen auf öffentlichen Parkplätzen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04860
- 10.2. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Schleuserkriminalität in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04840
- 10.3. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Verstoß gegen die Schulpflicht
Vorlage: VI/2019/04844

- 10.4. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Prostitution in Wohnungen
Vorlage: VI/2019/04845
- 10.5. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zum Neubau der 3-Feld-Sporthalle am Standort "Steg"
Vorlage: VI/2019/04858
- 10.6. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Übertragung der Stadtratssitzung via Livestream
Vorlage: VI/2019/04859
- 10.7. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zu Baumaßnahmen eines Lebensmittelvollversorgers in der Damaschkestraße
Vorlage: VI/2019/04841
- 10.8. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Abgrabungs- und Aufschüttungsarbeiten an der sogenannten "Bodenkippe Ammendorf"
Vorlage: VI/2019/04857
- 10.9. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur barrierefreien Teilnahme an Wahlen
Vorlage: VI/2019/04864
- 10.10. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umsetzung eines Bürgervorschlages im Rahmen des Bürgerhaushaltes 2019
Vorlage: VI/2019/04863
- 10.11. Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE) zur Lärmschutzwand an der B 80
Vorlage: VI/2019/04854
- 10.12. Anfrage der Stadträtin Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE) zum Arbeitskreis "Armut"
Vorlage: VI/2019/04856
- 10.13. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Anwendung des Vorkaufsrechts nach §§ 24 und 25 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: VI/2019/04870
- 10.14. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Stand von Planung und Bau des Gimritzer Damms
Vorlage: VI/2019/04871
- 10.15. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Gelände der ehemaligen ORGACID GmbH in Halle-Ammendorf
Vorlage: VI/2019/04873
- 10.16. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Umsetzung des Wohnungspolitischen Konzeptes 2018 der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04876
- 10.17. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum aktuellen Stand der Fluthilfemaßnahmen im Bereich Peißnitz/Ziegelwiese
Vorlage: VI/2019/04865

- 10.18. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Vorschlägen zur Reduzierung von Plastikmüll auf Märkten und bei Veranstaltungen
Vorlage: VI/2019/04866
- 10.19. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Fluglärm im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2019/04867
- 10.20. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Bedingungen für Grundstücksverkäufe
Vorlage: VI/2019/04869
- 10.21. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Einsatz von Schülerlots*innen
Vorlage: VI/2019/04872
- 10.22. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Gleichstellungsaktionsplan
Vorlage: VI/2019/04875
- 10.23. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen im Waldbereich zwischen Straßenbahnhaltestelle Kröllwitz und dem Universitätsklinikum Halle
Vorlage: VI/2019/04880
- 10.24. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Waldblößerverzeichnis
Vorlage: VI/2019/04884
- 10.25. Anfrage der Fraktion MitBürger zum Schutzstreifen für Radfahrer in der Torstraße
Vorlage: VI/2019/04883
- 10.26. Anfrage der Fraktion MitBürger zum Umsetzungsstand des Masterplans E-Government 2013-2020
Vorlage: VI/2019/04886
- 10.27. Anfrage der Stadträtin Dr. Regina Schöps (Fraktion MitBürger) zum Umsetzungsstand der Anregung zur Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung vor kommunikationsinduzierter elektromagnetischer Strahlung
Vorlage: VI/2019/04885
- 10.28. Anfrage der AfD Stadtratsfraktion Halle zu den Echtheitsmerkmalen eines Bußgeldbescheides, eines Sondernutzungsbescheides, einer Geburtsurkunde
Vorlage: VI/2019/04853
- 10.29. Anfrage der AfD Stadtratsfraktion Halle bezüglich der Überführung und Eingliederung von Asylbewerbern und deren Familien bzw. hier im Rahmen des Familiennachzuges neu Angekommener ins SGB II und in den Arbeitsmarkt
Vorlage: VI/2019/04878
- 11. Mitteilungen
 - 11.1. Vorschläge zur Reduzierung von Plastikmüll auf Märkten und bei Veranstaltungen
Vorlage: VI/2018/04721
- 12. mündliche Anfragen von Stadträten
 - 12.1. Anfrage CDU/FDP-Fraktion zum Drogenkonsum
- 13. Anregungen

- 13.1. Anregung der Fraktion MitBürger zur Entwicklung eines Online-Baumkatasters
Vorlage: VI/2019/04879
- 13.2. Anregung der Fraktion MitBürger zur Einführung einer Online-Kitaplatztauschbörse
Vorlage: VI/2019/04882
14. Anträge auf Akteneinsicht
- 14.1. Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle auf Akteneinsicht zum Sicherheitskonzept der Stadt Halle auf dem Halleschen Marktplatz zu besonderen Anlässen wie dem Halleschen Weihnachtsmarkt
Vorlage: VI/2019/04788
- 14.2. Antrag auf Akteneinsicht der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU/FDP-Fraktion) in alle den Stadtteil Kröllwitz aktuell betreffende Bau- und Verkehrsplanungen der Stadtverwaltung sowie diesbezüglicher Vorhaben Dritter
Vorlage: VI/2019/04908

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 19.12.2018

- Auf Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Herr Nette

Ich beantrage die Entscheidung über die Niederschrift zu vertagen. Weil, ich habe das Protokoll gelesen und ich habe Fehler gefunden und die würde ich gerne mit dem Büro für Ratsangelegenheiten klären.

Herr Lange

Herr Nette, Sie müssen bitte noch mal erklären, welche Einwendung Sie zur Niederschrift haben. Damit, es muss ja dann sozusagen auch der Stadtrat entscheiden.

Herr Nette

Also, ich habe jetzt die Tagesordnungspunkte nicht notiert, sondern nur die Seitenzahlen. Seite 84 – da steht in meinem Wortbeitrag statt „GiG“, wie ich es gesagt habe, „Bic“. Statt GiG Bic.

Herr Lange

Was? Was, nochmal.

Herr Nette

Es ging in meiner Wortmeldung auf der Seite 84 ums GiG – Ganz im Gegenteil in der Reilstraße 22. Und im Protokoll wurde anstelle des Kürzels GiG das Kürzel Bic verwandt. Bic, wie die Kugelschreiber.

Herr Lange

Gut.

Herr Nette
Weiter?

Herr Lange
Ja.

Herr Nette
So und am Schluss dieses Redebeitrages war der Satz: Andere Leute zahlen ihre Mieten auch. Da wurde mir vom Protokollführer das „auch“ unterschlagen.

Herr Lange
Okay.

Herr Nette
Auf der Seite 99 ging es um die alte Schmiede in Kanena und da steht dann plötzlich „alte Chemie“, was den ganzen Wortbeitrag insgesamt entstellt. Das sind jetzt die Einwendungen.

Herr Lange
Noch einmal zur Erläuterung: Wer das Protokoll mal sich angesehen hat, wird sehen, dass dort unglaublich viele Wortprotokolle drin sind. Sowohl die Verwaltung als auch ich gehen über die Wortprotokolle drüber. Nicht alle Fehler fallen einem unbedingt immer auf, sodass man, glaube ich, bei solchen offensichtlichen Sachen wie dem GiG, also Ganz im Gegenteil, wo drin steht Bic - B I C, das ist unproblematisch. Das kann geändert werden. Auch das „auch“ hinten ist auch unproblematisch, das verändert den Sinn nicht und auch, dass es nicht um die alte Chemie, sondern um die alte Schmiede geht, ist auch ein Schreibfehler. So dass es unproblematisch wäre, das Protokoll an der Stelle zu verändern. Und wenn Sie alle damit jetzt einverstanden sind, dass wir das so machen, da kein Widerspruch ihrer Seite kommt, können wir dann das Protokoll dann auch so abstimmen.

Ja? Gut. Dann machen wir das so. Wer der Niederschrift mit den Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Eine klare Mehrheit. Die Gegenstimmen? Die Stimmenenthaltungen? Damit ist der Niederschrift einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

Anmerkung: Der Einwand „auch“ wurde nicht ergänzt, da es nicht gesprochen wurde.

**zu 3.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung
der Niederschrift vom 30.01.2019**

Herr Lange sagte, dass die Niederschrift vom 30.01.2019 zur März-Sitzung vorgelegt wird.

Abstimmungsergebnis: vertagt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 30.01.2019 Vorlage: VI/2019/04926

Herr Lange sagte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 30.01.2019 vor dem Sitzungssaal ausgehängt und somit öffentlich bekannt gegeben sind. Im Anschluss werden diese im Amtsblatt veröffentlicht.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte darüber, dass die Freiwilligen Feuerwehren von Nietleben, Lettin und Kanena am 08. Februar 2019 neue Mannschaftstransportfahrzeuge erhalten haben. Die Stadt Halle (Saale) hat 146.000 Euro aus Eigenmitteln investiert. Die Fahrzeuge werden auch für die Kinder- und Jugendfeuerwehren genutzt.

Am 22. Februar 2019 wurde die „Merkur-Spielbank“ im Dormero Kongress- und Kulturzentrum eröffnet. Es wurden rund 3,5 Millionen Euro investiert und 22 Arbeitsplätze geschaffen. Das Angebot umfasst Spielautomaten und Multi-Roulette als eine elektronische Variante des klassischen Roulettes.

Am 25. Februar 2019 besuchte Herr Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Stadt Halle (Saale) im Rahmen des Projektes „Demokratie ganz nah“. Er trug sich in das Goldene Buch der Stadt Halle (Saale) ein und ist anschließend mit dem Oberbürgermeister und den Fraktionsvorsitzenden ins Gespräch gekommen. Im Anschluss fand eine Gesprächsrunde im KulturTreff Halle-Neustadt statt.

Zudem informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darüber, dass das Richtfest für die Schule am Holzplatz am 26. Februar 2019 gefeiert wurde. Die Eröffnung der Schule ist für August 2019 geplant. Investiert wurden 21,7 Millionen Euro aus Eigenmitteln der Stadt Halle (Saale). Die Schule am Holzplatz dient zunächst als Ausweichschule in der Umsetzung des Investitionsprogramms Bildung 2022.

zu 6 Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Frau Dr. Brock sagte, dass es die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedauert, dass der Stadt der Mut gefehlt hat, den Erneuerungskurs an der Oper fortzuführen. Dies sei ein herber Verlust für die Kulturstadt Halle (Saale).

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zum Bericht des Oberbürgermeisters.

zu 7 **Beschlussvorlagen**

zu 7.1 **Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen in der Stadt Halle (Saale) zur Stärkung der Demokratie in den Quartieren**
Vorlage: VI/2018/04618

zu 7.1.2 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen in der Stadt Halle (Saale) zur Stärkung der Demokratie in den Quartieren (VI/2018/04618)**
Vorlage: VI/2019/04914

zu 7.1.2.1 **Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Inés Brock (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen in der Stadt Halle (Saale) zur Stärkung der Demokratie in den Quartieren" (VI/2018/04618); VI/2019/04914**
Vorlage: VI/2019/04917

zu 7.1.3 **Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen in der Stadt Halle (Saale) zur Stärkung der Demokratie in den Quartieren (VI/2018/04618)**
Vorlage: VI/2019/04915

- Auf Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Herr Lange

Dann komme ich jetzt aber dann doch bitte zum 7.1. Zur Richtlinie. Gibt es dazu Wortmeldungen? Herr Raue.

Herr Raue

Guten Tag meine Damen und Herren. Also, die AfD-Fraktion wird dieser Richtlinie jetzt nicht zustimmen, weil wir einfach nicht der Ansicht sind, dass diese Richtlinie eine Richtlinie zur Stärkung der Demokratie in den Quartieren ist. Sondern eher eine Richtlinie zur Volkserziehung. Wir sehen gerade in dieser Wortwahl, die dort in dieser Richtlinie aufgeführt ist, und mein Kollege Nette hat das ja auch in den Ausschüssen hinterfragt. Die Begriffe sind ziemlich unspezifisch. Da lässt sich alles hinein interpretieren. Zum Beispiel ein Begriff „Prävention gegen Radikalisierungsprozesse“, da können Sie natürlich am Ende alles darunter verstehen. Antidemokratische Bestrebungen zu bekämpfen oder zu kritisieren und zu thematisieren. Da sehe ich zum Beispiel auch, die Meinung von freien Bürgern nicht zu akzeptieren, sondern eine Drohkulisse, eine nach dem Motto: Wir sind mehr! aufzubauen und die eigene Diktion, die eigene politische Diktion in die Stadtviertel hineinzutragen. Und wie nah ich eigentlich oder wie nah wir eigentlich mit dieser Einschätzung sind, zeigt schon der Änderungsantrag der SPD-Fraktion. Wir hatten dazu ja auch einen regen Austausch im Ausschuss. Und letztendlich besagt dieser, in der Vorlage der Stadtverwaltung steht, das im Prinzip Parteien und parteinahe Stiftungen nicht als Träger einer solchen Veranstaltung, die da gefördert wird, infrage kommen. Aber die SPD möchte eben gerade das Parteien und

parteinahe Stiftungen als Träger dieser Veranstaltung, die da vielleicht geplant sind, infrage kommen. Und das zeigt mir natürlich, das hier öffentliche Mittel für den parteipolitischen Kampf verwendet werden sollen, zur Erziehung in den Quartieren und zur Beeinflussung der Bürger. Teilweise zur Manipulation der Bürger. Und das sehe ich eben nicht. Wir sind ein freies Land. Jeder kann sich grundsätzlich seine Meinung selber bilden. Und wir brauchen praktisch nicht dieses politische Diktat, was quasi von Links-Grün regelmäßig kommt und auch zu erwarten ist. Wir haben das in ganz vielen anderen Beispielen: Landeszentrale für politische Bildung, Bundeszentrale für politische Bildung. Das zieht sich wie ein roter Faden durch. Der Widerstand der Bevölkerung gegen diese, zum Beispiel gegen die Grenzöffnung, oder gegen die Eurorettung und dies und jenes. Das wird einfach schlicht weg am Ende nicht akzeptiert. Wir haben kein Problem mit Demokratie in den Quartieren. Wir haben ein echtes Problem mit der Achtung von Demokratie und Vertrags- und Rechtsstaatlichkeit ganz oben an der Spitze des Staates. Und da sage ich nur eins, Vertrag von Maastricht, die Verträge zu Schengen, Dublin-Drei-Abkommen. Da wurden Entscheidungen getroffen damals, die die Lebensweise der Bürger, das Leben der Bürger, die finanzielle Sicherheit und Zukunft der Bürger bis in die Zukunft hinein extrem beschneiden und belasten. Und in dem Moment, wo die Bürger dagegen aufbegehren und sagen: Hier, das wollen wir nicht. Erst ganz wenige, damit können Sie ja noch leben, aber dann immer mehr. Dann fangen Sie an, das nicht mehr zu dulden. Toleranz ist eigentlich ein Begriff, den Sie gar nicht mehr gebrauchen können, denn Toleranz wenden Sie ja nur noch an, wenn jemand Ihrer Meinung ist. Andere Meinungen tolerieren Sie nicht, die bekämpfen Sie. Sie machen sich gemein mit Linksextremistischen Bestrebungen, wie Antifa und dergleichen. Das stört Sie überhaupt nicht, sich da gemeinsam aufzustellen und gegen die einfachen Bürger, die vielleicht teilweise noch gar nicht mal die Mehrheit sind, aber für die ich hier heute sprechen darf, sich gegen diese einfachen Bürger zu wenden. Und da muss ich Ihnen dann ganz, ganz ehrlich sagen, wenn die Stadt da noch 50.000 Euro in diesem Jahr, nächstes Jahr planen Sie vielleicht 200.000 Euro, keiner weiß es ja. Sie sind ja da sehr kreativ. Also, wenn die Stadt das jetzt auch noch fördern soll, was Sie über Ihre Parteikasse nicht mehr fördern können oder nicht mehr fördern wollen, weil Ihnen vielleicht auch die Mitglieder wegrennen, dann sage ich hier an dieser Stelle: Nein. Das wird es mit uns nicht geben. Und heute sind wir diejenigen, die quasi auch als Partei darunter leiden, stellvertretend, weil wir uns für die Bürger einsetzen. Früher war es mal die CDU, die auch unter solchen Sachen gelitten hat, aber Sie sind natürlich ziemlich weit nach Links gerutscht und deswegen haben Sie uns den Platz hier frei gemacht. Wir wenden uns ganz klar gegen diese Richtlinie.

Herr Lange

So. Da staune ich, wie viel Meinungsfreiheit wir hier haben. Herr Krause und dann Herr Wolter.

Herr Krause

Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte mich auf die Vorlage konzentrieren. Insbesondere auch auf den Änderungsantrag, den wir dazu gestellt haben. Zunächst begrüßen wir erstmal, dass es einen Vorschlag einer Richtlinie gibt. Die SPD-Fraktion hat ja schon vor einiger Zeit, über einem Jahr, also in den vorletzten Haushaltsberatungen, schon versucht die Demokratieforderung in den Quartieren zu stärken, indem wir einen Vorschlag gemacht haben. Und dem ist ja der Rat auch dann auch gefolgt, das Budget für die Quartiersmanager anzuheben. Also, das ist ja so ein erster Impuls gewesen, den die Verwaltung auch aufgenommen hat. Und wir haben jetzt hier eine Richtlinie, von der wir denken, das kann ein guter Einstieg zur Demokratieforderung sein.

Der Vorschlag, den wir machen, in dem ersten Punkt unseres Beschlussvorschlages, nämlich den Punkt drei insofern zu ändern, dass der Satz, das also Parteien, parteinahe Stiftungen nicht zuwendungsfähig sind dort, zuwendungsberechtigt sind, wollen wir wieder ändern. Nämlich die Zuwendungsberechtigung auch dort haben, weil wir denken, dass jede Form von Kooperation auch mit Trägern dieser Demokratie, sowie die Väter des

Grundgesetzes, nach den Erfahrungen in der Vergangenheit, durch den Krieg und alles was davor war, das in unser Grundgesetz reingeschrieben haben. Das auch diese Strukturen nicht ausgeschlossen werden sollen.

Einen zweiten Punkt haben wir in einer Änderung 6.2. Da möchten wir gerne, dass die Mittel, die da bewilligt werden sollen, wenn sie einen Ansatz von über 50 Prozent, das sind also 2.500 Euro von maximal zu fordernden 5.000 Euro, dann doch in den Hauptausschuss kommen sollen. Das die bestätigt werden. Sodass man auch da eine Möglichkeit hat, nochmal zu gucken, in welche Richtung geht das Ganze? Wir müssen ja auch erstmal Erfahrungen sammeln, mit dem, was sozusagen, wie das tatsächlich läuft. Grundsätzlich finden wir das richtig gut, dass Bürgerinitiativen, einfache Bürger, eine Möglichkeit haben, dort eine Forderung zu bekommen. Und wir wünschen uns sehr, dass das auch rege genutzt wird. Danke.

Herr Lange

Herr Wolter bitte.

Herr Wolter

Ja, ich würde gerne nur paar Hinweise geben. Erstens würde ich schon sprechen, dass ich auch sehr persönlich, ohne eine Erklärung abzugeben, hier stehe, weil ich sehr tolerant bin. Weil ich viele verschiedene Positionen mir hier anhöre und auch das zulasse, dass hier ausgesprochen wird. Da freue ich mich auch immer, wenn das stattfindet, wenn man richtig benannt wird, natürlich noch mehr. Wir haben einige Nachfragen gekriegt von Bürgerinnen und Bürgern, weil wir einen sehr umfangreichen Änderungsantrag hier eingebracht haben, um diese Vorlage der Verwaltung zu qualifizieren. Und vor allen Dingen zu erweitern auf Bürgerprojekte, die hier nicht enthalten ist, sondern es ist eine Richtlinie zur Zuwendung für Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie in den Quartieren. Unser Vorschlag war ja auch aus den Haushaltsberatungen heraus. Die Fraktionen haben das ja gemeinsam im Haushalt beschlossen, das Geld zur Verfügung gestellt wird, um in den jeweiligen Stadtteilen, aber eben übergreifend Bürgerprojekte zu initiieren, die auch unabhängig von Stärkung, von Demokratien in Quartieren hier geplant werden können. Daraufhin hat es eine Zustimmung gegeben zum Haushalt. Aber eine Ablehnung zur Förderung des Verwaltungsvorschlages des Hauptverwaltungsbeamten. Zur Stärkung der Demokratie in den Quartieren ist im Haushalt im Moment kein Geld vorhanden. Deswegen haben wir auch den Hinweis gegeben in den ganzen Beratungen, dass hier eine Richtlinie verabschiedet wird, die keinerlei Mittel enthält. Keinerlei Mittel enthält. Und wir sozusagen hier über etwas reden, wo im Moment keinerlei Mittel hinterlegt sind, weil das erst sozusagen mit unserem noch nicht verabschiedeten Änderungsantrag, der ja dann zurückgezogen wurde, weil der erst demnächst behandelt wird, wo und wie wir die Bürgerprojekte, die wir gemeinsam im Haushalt enthalten haben. Nämlich, wie wir die, sozusagen dann verteilen. Grundsätzlich haben wir erwartet, Herr Oberbürgermeister, dass Sie unseren Änderungsantrag natürlich dann übernehmen oder eben auch mit den Hinweisen, die wir ja bekommen haben, vielleicht nochmal verändern und dann übernehmen und dann diskutieren können. Das haben Sie ja auch nicht gemacht. Wir haben deswegen dann zurückgezogen, weil in allen Ausschüssen dann ja dieser Änderungsantrag keine Mehrheit gefunden hat.

Die Änderungsanträge, die jetzt vorliegen, machen da aus diesen, aus dieser sehr guten Vorlage, sehr vereinfachten, mit einer flachen bürokratischen Hürde für alle Projekte, einen ja, letztendlich einen bürokratisch aufwendigeres Verfahren. Und vor allen Dingen auch die Änderungsanträge, die jetzt vorliegen, vonseiten der SPD, aber eben auch von den GRÜNEN verkomplizieren hier und verhindern sozusagen eigentlich eine schnelle, direkte und gute Vergabe. Wir werden uns aber trotzdem teilweise zu dem, zu dem Gesamtvorschlag dann enthalten und das nicht verhindern. Wir bedauern aber, dass sozusagen hier die Chance gegeben wurde, wirklich ein umfassendes, vereinfachtes Verfahren zu wählen, wie es eben die Verwaltung auch schon durchgeführt hat bei Projekten

im Bereich der Städtepartnerschaft. Da scheint es ja weder der SPD, noch vonseiten der GRÜNEN irgendeine Schwierigkeit zu geben. Aber darüber ist ja, glaube ich, schon ausführlich diskutiert worden.

Herr Lange

Frau Dr. Brock bitte.

Frau Dr. Brock

Genau. Ich möchte Bezug nehmen auf meinen Änderungsantrag zum Änderungsantrag der SPD, der in Kürze sich so zusammenfassen lässt, dass es für uns, oder für mich, sehr willkürliche Festsetzung einer Grenze ist, ab wann ein Fördermittelbescheid sozusagen erstellt wird. Diese 2.500 Euro, die Sie jetzt vorschlagen sind freigeschossen und willkürlich. Wenn wir uns in anderen Ausschüssen mit Anträgen beschäftigen, haben wir zum Teil 150 Euro, die im Kulturausschuss oder im Sozialausschuss bewilligt werden. Oder auch im Sportausschuss. Insofern sehe ich da keine Notwendigkeit, das gerade in diesem Fall auf eine bestimmte Summe sozusagen festzulegen. Und deshalb beantrage ich diesen entsprechenden Satz aus dem Änderungsantrag der SPD raus zu streichen. Was im Ergebnis hieße, das wir sozusagen, in dem jeweils folgenden Hauptausschuss in einem ganz unkomplizierten Abstimmungsverfahren sagen, dem Ganzen eine parlamentarische Mehrheit vermitteln. Das wäre sozusagen unser Änderungsantrag, zum Änderungsantrag.

Herr Lange

Gut. So. Dann Herr Scholtyssek bitte.

Herr Scholtyssek

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren. Wir haben auch einen Änderungsantrag gestellt, entgegen dem, was ja schon gesagt wurde, betrachten wir diese Förderrichtlinie nicht als Instrument für Parteien oder parteinahe Stiftungen und wollen den Ausschluss gerne noch erweitern, auf Wählergruppierungen, Wählervereine, Einzelbewerber, die an Wahlen teilnehmen. Es geht ja schließlich auch um eine Gleichbehandlung aller hier im Rat vertretenen. Und Herr Wolter, Sie sprechen immer von Bürgerbeteiligung und Bürgerprojekte, Transparenz, Toleranz. Das klingt alles ganz toll. Aber im Finanzausschuss haben Sie dann mal mehr oder weniger klar erläutert, was Sie damit eigentlich meinen. Es geht Ihnen um Projekte, Unterstützung von Bürgerinitiativen oder vielleicht auch Ihrer Wählervereinigung. Wir sehen diese Förderrichtlinie nicht als Instrument zur Finanzierung solcher Dinge, wie Sie es dort verlautbart haben. Und deswegen haben wir auch diesen Änderungsantrag gestellt und werben nochmal um Zustimmung. Vielen Dank.

Herr Lange

Gut. So. Jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann lasse ich abstimmen. Da sich verschiedene Anträge auf Änderungsanträge beziehen, bitte ich hier um Aufmerksamkeit. Zuerst lasse ich den Änderungsantrag der SPD-Fraktion im Punkt eins abstimmen. Das ist das Streichen der Parteien und parteinahen Stiftungen. Gibt es, gibt es jetzt irgendwie Unruhe? Gut. Ich erläutere jetzt nochmal das Abstimmungsverfahren. Nur damit alle klar sind, was Sie jetzt abstimmen. Also zuerst SPD-Fraktion in Punkt eins. Dann haben wir entschieden, ob die parteinahen Stiftungen und Parteien drin bleiben oder nicht. Und dann kommt der Änderungsantrag der Grünen, der sich auf den Änderungsantrag der SPD in Punkt zwei bezieht. Entsprechend des Abstimmungsergebnisses würde ich dann den Punkt zwei nochmal abstimmen lassen. Selbstverständlich. Und am Ende stimmen wir über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ab, der sich auch nochmal auf den ersten Punkt bezieht, aber dann eben die Erweiterung beinhaltet. Ja? Also, los geht's.

Änderungsantrag SPD-Fraktion, Punkt eins. Wer dem zustimmen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Die Stimmenenthaltungen. Damit ist das abgelehnt.

Dann kommen wir zum Änderungsantrag der GRÜNEN Fraktion zum Punkt zwei der SPD-Fraktion. Wer dem zustimmen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Die Stimmenenthaltungen. Dann sind es wenig Stimmenenthaltungen. Eine Mehrheit der Gegenstimmen und viele Ja-Stimmen. Aber trotzdem ist das abgelehnt.

Dann kommen wir zum Punkt der SPD, des SPD Änderungsantrages in der nicht geänderten Fassung. Wer dem zustimmen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Die Stimmenenthaltungen. Dann sind das wenige Gegenstimmen. Einige Stimmenenthaltungen. Aber eine Mehrheit der Ja-Stimmen gewesen. Und damit ist der Punkt geändert.

Und am Ende komme ich nochmal zum Änderungsantrag der CDU. Also nochmal erweitern, Parteien, parteinahe Stiftungen um Einzelbewerber etc.. Wer dem zustimmen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Die Stimmenenthaltungen. Ist das ohne Gegenstimmen, bei einigen Stimmenenthaltungen so angenommen.

Dann lasse ich jetzt die Richtlinie in Gänze abstimmen. Wer der geänderten Fassung zustimmen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Die Stimmenenthaltungen. Bei wenigen Gegenstimmen ist das, bei einer Stimmenenthaltung, so angenommen. Gut. Wunderbar.

- Ende Wortprotokoll. -

**zu 7.1.2 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für
Maßnahmen in der Stadt Halle (Saale) zur Stärkung der Demokratie in den
Quartieren (VI/2018/04618)
Vorlage: VI/2019/04914**

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunktabstimmung

Pkt. 1	mehrheitlich abgelehnt
Pkt. 2	mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die oben genannte Richtlinie geändert im Punkt 3 „Zuwendungsempfänger“:
Zuwendungen empfangen können natürliche und juristische Personen des Privatrechts, sofern sie ihren Wohnsitz bzw. ihren Sitz in der Stadt (Halle) haben. ~~Nicht zuwendungsberechtigt sind Parteien und parteinahe Stiftungen.~~
2. Der Stadtrat beschließt die oben genannte Richtlinie geändert im Punkt 6.2 „Bewilligungsverfahren“:
Bewilligungsbehörde ist die Stadt Halle (Saale). Zuwendungen werden durch einen schriftlichen Zuwendungsbescheid bewilligt. **Zuwendungen für einzelne Projekte von 50 Prozent oder mehr des maximalen Zuwendungsrahmens, werden durch Beschluss im jeweils nächstmöglichen Hauptausschuss bewilligt.**

zu 7.1.2.1 Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Inés Brock (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen in der Stadt Halle (Saale) zur Stärkung der Demokratie in den Quartieren" (VI/2018/04618); VI/2019/04914
Vorlage: VI/2019/04917

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Punkt 2 des Beschlussvorschlages wird geändert und erhält folgende Fassung:

2. Der Stadtrat beschließt die oben genannte Richtlinie geändert im Punkt 6.2 „Bewilligungsverfahren“:

Bewilligungsbehörde ist die Stadt Halle (Saale). Zuwendungen werden durch einen schriftlichen Zuwendungsbescheid bewilligt. ~~Zuwendungen für einzelne Projekte von 50 Prozent oder mehr des maximalen Zuwendungsrahmens,~~ werden durch Beschluss im jeweils nächstmöglichen Hauptausschuss bewilligt.

zu 7.1.3 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen in der Stadt Halle (Saale) zur Stärkung der Demokratie in den Quartieren (VI/2018/04618)
Vorlage: VI/2019/04915

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen in der Stadt Halle (Saale) zur Stärkung der Demokratie in den Quartieren wird im Punkt 3 Zuwendungsempfänger ergänzt:

Zuwendungen empfangen können natürliche und juristische Personen des Privatrechts, sofern sie ihren Wohnsitz bzw. ihren Sitz in der Stadt (Halle) haben. Nicht zuwendungsberechtigt sind Parteien ~~und~~, parteinahe Stiftungen-, **Wählergruppen, Vereine oder Einzelbewerber die an Wahlen teilnehmen.**

zu 7.1 Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen in der Stadt Halle (Saale) zur Stärkung der Demokratie in den Quartieren
Vorlage: VI/2018/04618

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die oben genannte Richtlinie. Ziel ist es, insbesondere in den Quartieren Gestaltungsräume für bürgerschaftliches Engagement zu bieten und Projekte zu unterstützen, die das Miteinander der Menschen in den Stadtteilen fördern.

zu 7.2 Widmung der Frau-von-Selmnitz-Straße
Vorlage: VI/2019/04744

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird, die Widmung der Frau-von-Selmnitz-Straße zur Gemeindestraße zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

zu 7.3 Parkraumkonzept für Paulus- und Medizinerviertel - Vertiefende
Untersuchung und Kostenschätzung
Vorlage: VI/2017/03155

- *Auf Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.* -

Herr Lange

Wir kommen zum Punkt 7.3. Das ist das Parkraumkonzept Paulus- und Medizinerviertel. Und ich frage Sie, ob es Wortmeldungen dazu gibt? Herr Feigl, bitte.

Herr Feigl

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren. Am Anfang ein Satz: Wir werden der Vorlage zustimmen. Zweitens: Toll ist sie nicht, wahrlich nicht. Ein Konzept hat das Papier eigentlich nicht. Also Name Konzept hat das Papier eigentlich nicht wirklich verdient. Es ist eigentlich eher eine Zustandsbeschreibung und kleine homöopathische Maßnahmen, um diese Zustandsbeschreibung ein Stückchen zu verbessern. Was fehlt bei dieser Konzeption ist einfach eine klare Vision. Eine klare Aussicht, wo die Reise hingehen soll und wie man mit der Situation, die nicht zu lösen ist, in dieser Form. Nämlich, wir haben mehr Fahrzeuge in diesem Gebiet angemeldet, als wir jemals in diesem Gebiet an Platz schaffen können. Wie wir mit dieser Situation umgehen. Und eine klare Perspektive, eine klare Zielstellung wäre, dass wir Mobilität anders denken. Das wir Ansätze schaffen, wie wir Mobilität anders organisieren in dieser Stadt. Und das fehlt in dieser Konzeption. Die sogenannte Konzeption fehlt gänzlich.

Ausweisungen von Stellflächen für Carsharing zum Beispiel. Die Stärkung des ÖPNV zum Beispiel. Wie wir den Radverkehr in diesem Bereich besser organisieren, um eben eine Entlastung herzubringen dieses Gebietes, weg vom motorisierten Individualverkehr. Das fehlt gänzlich in dieser Vorlage. Und von daher ist es eigentlich nur eine Zustandsbeschreibung mit kleinen Maßnahmen. Die kleinen Maßnahmen, die Sie angebracht haben, die finden wir gut. Deswegen unsere Zustimmung. Aber insgesamt ist es nichts. Danke.

Herr Lange

Herr Dr. Wend bitte.

Herr Dr. Wend

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, liebe Stadtratskolleginnen und Kollegen. Lieber Christian Feigl, das sind nun wirklich sehr fromme Wünsche und die teilen doch auch viele. Aber meines Wissens heißt das Parkraumkonzept und nicht Mobilitätskonzept. Und das dort eine Lösung zu finden, die Quadratur des Kreises ist, das ist völlig klar, weil diese Häuser dort gebaut wurden, als man mit der Droschke, Pferdedroschke unterwegs war, als nicht jeder Haushalt ein Auto hatte. Wir haben Häuser, die sind vielleicht, sage ich mal zwölf Meter breit und da wohnen zwanzig Parteien drin, die haben alle ein Auto. Da reicht es offensichtlich mit der Straße nicht. Und natürlich ist es richtig, dass man, wenn man langfristig nachdenkt, überlegen muss, wie kann man das organisieren, dass die Leute auch ohne Auto gerne im Paulusviertel wohnen. Das ist doch richtig. Aber man muss doch auch mittelfristige Lösungen finden. Und deswegen finde ich das schon ein bisschen unfair, dass der Stadtverwaltung vorzuwerfen.

Ich nehme die ja nun selten in den Schutz, aber einmal muss ich es dann doch mal tun. Ich kritisiere es woanders. Wir haben das von unserer Fraktion, und glaube auch andere Stadträte, immer wieder angeregt, dass man dort mal doch, das ist schon viele Jahre her, das wir über dieses Problem des Parkens dort gesprochen haben. Und jetzt hat es endgültig was gegeben. Das hat ein bisschen gedauert, muss man sagen. Es gibt teilweise sinnvolle Lösungen, wenn man sich zum Beispiel diese Lösung besonders in den Kreuzungsbereichen anguckt mit den Fahrradbügeln. Das ist dann für die Fußgänger und Kinderwagenschieber und Fahrradfahrer ist das eine gute Lösung. Es gibt Lösungen, die nicht so gut sind. Man sollte überlegen, in der Paracelsusstraße hat man dieses Querparken eingeführt, das hätte man in den anderen Straßen auch einführen können. Man hätte das sicherlich auch noch optimieren können. Aber ich muss auch mal sagen, ganz ehrlich, da müssen wir, da muss sich der Bürger, der überlegt, was tue ich mit meinem Auto, das ich habe, meiner Stadt an. Das muss der sich auch mal überlegen, in dem Zusammenhang. Und wir müssen natürlich überlegen, wie wir das Wohnen und den öffentlichen Nahverkehr und das all drum herum so attraktiv machen, das man dort mit weniger Auto auch wohnen möchte. Und das können wir nur alle zusammen. Das können wir der Stadtverwaltung nun wirklich nicht ab verlangen. Das wollte ich nur dazu sagen. Im Großen und Ganzen, bei mancher Kritik und bei manchem Hinterfragen, stimmen wir der Vorlage zu. Vielen Dank.

Herr Lange

Herr Schied bitte.

Herr Schied

Ich wollte nochmal ... Geht das? Ja. Eine kleine Bemerkung zu dem Ganzen, weil ich heute wieder irgendwo gelesen habe in der Zeitung, heute wird über das Parkraumkonzept debattiert. Also, was wir heute hier abstimmen ist eine Kenntnisnahme. Das Ganze worum es geht im Punkt eins, das ist der übertragene Wirkungskreis, da haben wir gar nichts zu bestimmen. Das ist ja allein Angelegenheit des Oberbürgermeisters. Wir nehmen jetzt zur Kenntnis, was die Stadtverwaltung dort im Rahmen Ihrer Möglichkeiten, Ihrer Zuständigkeiten dort im Viertel ändern wird. Und dann können wir uns überlegen, ob wir dort dazu Anregungen machen. Ich habe schon zwei Anregungen zu dem Thema gemacht im Planungsausschuss. Das sind aber natürlich in diesem Rahmen auch nur, ist das ein Tropfen auf den heißen Stein. Die MitBÜRGER haben auch eine ganz gute Idee, die Sie dann im Rahmen eines Antrages dann noch bringen. Und wir debattieren hier überhaupt nichts. Oder bestimmen. Oder beschließen überhaupt nichts dazu. Denn wir haben dazu gar nichts zu beschließen heute. Wir haben das nur zur Kenntnis zu nehmen dieses hier. Und wir nehmen das jetzt zur Kenntnis und ziehen dann unsere Schlussfolgerungen daraus. Mehr ist es nicht.

Herr Lange

Herr Scholtyssek bitte.

Herr Scholtyssek

Ja meine Damen und Herren, wir werden dem Konzept zustimmen, wenn gleich das nicht der große Wurf ist. Das wurde ja schon gesagt. Das ist eine Zustandsbeschreibung. Wir können aber die Platzverhältnisse dort nun mal nicht ändern. Es gibt dort zu viele Häuser. Zu viele Einwohner und zu wenig Platz für Autos. Das liegt einfach in der Struktur des Gebietes begründet. Jetzt allerdings, wie die Kollegen der GRÜNEN anzufangen, dass man mit dieser Vorlage die Verkehrswende herbeiführen möchte, ist etwas überzogen. Es geht hier um ein Parkraumkonzept für ein einzelnes Stadtviertel. Und nicht um die Verkehrswende in der ganzen Stadt Halle. Vielleicht schauen Sie mal in die Gebiete Deutschlands, wo Sie sehr gute Stimmergebnisse erzielen. Baden-Württemberg. Dort gelingt Ihnen das auch nicht. Dort haben Sie ähnliche Gründerzeitviertel. Da stehen dann die großen SUVs vor der Tür. Von Ihrer Wählerschaft, also die, die es sich noch leisten können GRÜN zu wählen. Die dann mit dem SUV zum Bäcker fahren und dort das Biobrötchen kaufen. Insofern fangen Sie vielleicht erstmal dort an, wo Sie die Mehrheiten haben, das zu ändern. Bevor Sie versuchen hier bei uns diese Vorschläge umzusetzen, was leider nicht funktionieren wird. Hier geht es um konkretes Problem im Paulusviertel, es ist einfach zu wenig Platz für Parkplätze. Und da muss sich die Stadtverwaltung Gedanken machen, wie man diesen Zustand ändern kann. Deswegen werden wir diesem Konzept auch zustimmen. Wir begreifen das als Auftakt für einen längerfristigen Lösungsprozess.

Herr Lange

Herr Schied bitte.

Herr Schied

Jetzt nochmal Herr Scholtyssek. Heute stimmt niemand in diesem Raum diesem Konzept zu. Wir stimmen nur zu, dass wir das zur Kenntnis genommen haben. Um mehr geht es nicht.

Herr Lange

Ja und in dieser steht das mit der Kenntnisnahme wohl drin. Erster Satz. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Rebenstorf bitte.

Herr Rebenstorf

Ja, vielen Dank nochmal an alle Stadträtinnen und Stadträte, die sich jetzt zu Wort gemeldet haben, um es auch von meiner Seite nochmal zusammen zu fassen. Ja es ist richtig, es ist sozusagen ein Anfang anzufangen, wie man parken im Paulusviertel, Medizinerviertel mit den beengten Möglichkeiten, die man hat, ein Stück weit besser ordnet. Es ist auch ein Ordnungskonzept. Wie geht man mit dem Fünf-Meter-Radius an der Kreuzung um? Dass er Freigehalten wird? Wie auch schon gesagt worden ist, dass ich als Fußgänger einfach besser über die Straße komme. Die Möglichkeit, die Fahrradbügel dort aufzustellen, ist eine Möglichkeit wie man es baulich lösen kann. In der Hoffnung auch, und das haben wir auch beschrieben, wenn auch genügend Fahrradstellplätze da sind, dass die auch entsprechend angenommen werden. Und grundsätzlich, auch in Richtung Herr Feigl, wir haben ein klares Bekenntnis in dieser Stadt zum Umweltverbund. Wir fördern die Straßenbahn. Wir bauen die Straßenbahn extrem aus, an den Stellen, wo die Infrastruktur noch nicht in Ordnung ist. Später muss dann darüber nachgedacht werden, wie diese Infrastruktur noch intensiver genutzt werden kann, um sukzessiver auch eine Attraktivität weiter für den Umweltverbund auf den Weg zu bringen. Aber hier ging es jetzt erstmal darum über einfache, simple zu realisierende Ordnungsmaßnahmen ein Stück weit auch Ordnung in das Parkkonzept Paulusviertel, Medizinerviertel zu bringen.

Herr Lange

Herr Dr. Wöllenweber bitte.

Herr Dr. Wöllenweber

Ja, meine Damen und Herren, im letzten Runden Tisch Radverkehr am vergangenen Donnerstag wurde dieses Konzept sehr intensiv behandelt. Hat dann auch gut drei Stunden gedauert. Herr Rebenstorf war ja leider nicht anwesend, weil er einen anderen Termin hatte. Ich bin, glaube ich, der Einzige, der jetzt hier von dieser Sitzung berichten kann. Es war vor allen Dingen dann die Frage dieser Fahrradbügel. Es ist ja doch eine beträchtliche Anzahl, die da geplant ist. Ich glaube, insgesamt 96. Davon in diesem Jahr noch 60, die an den entsprechenden Kreuzungen, die ausgewiesen worden sind, aufgestellt werden sollten. Und da kam vor allen Dingen von vielen Leuten die Nachfrage, wie diese Bügel dort platziert werden sollen. Ob sie senkrecht zur Fahrradrichtung oder entlang parallel zur Fahrtrichtung aufgesetzt werden, weil große Bedenken hinsichtlich von Schleppkurven und Notfallfahrzeugen, ähnlichen Einsätzen, hier vorgebracht worden ist. Und da wäre meine Frage: Ist das wirklich bis zuletzt schon durchdacht?

Herr Lange

Herr Rebenstorf, möchten Sie darauf antworten?

Herr Rebenstorf

Es wird jetzt schwierig Ihnen das hochzuhalten. Ich habe die Pläne ja hier dabei. Das heißt, das ist einmal planerisch überprüft worden. Also es muss sich jemand hingesetzt haben, der auch geguckt hat, dass das mit den Schleppkurven passt und dass das Fahrrad dann trotzdem nicht irgendwo in den verbleibenden Verkehrsraum hinein ragt. Also es ist zeichnerisch überprüft worden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich wollte nur ergänzen. Da sind ganz konkrete Maßnahmen drin. Und Sie haben alle die Möglichkeit, diese Maßnahmen, die dort drin stehen, zu ergänzen, zu verändern, Ideen reinzugeben. Und deshalb ist das schon ganz konkret, was da drin enthalten ist. Das ist eine Kenntnisnahme, das ist richtig, weil es übertragener Wirkungskreis ist. Aber trotzdem haben wir ja gemeinsam mit Ihnen diese Ideen auch erarbeitet und auch diskutiert. Und deshalb sind es konkrete Maßnahmen, die da drin enthalten sind. Und deshalb freuen wir uns natürlich, wenn wir von Ihnen Anregungen bekommen. Also es ist nicht einfach nur die Verwaltung und ich halte mich dann zurück und sage: Und ich bin damit nicht so richtig einverstanden, weil es nicht so konkret ist. Es sind konkrete Maßnahmen. Und von daher möchte ich nur darauf hinweisen, dass wir, wenn wir keine weiteren Anregungen von Ihnen bekommen, dass wir natürlich anfangen, diese Maßnahmen umzusetzen.

Herr Lange

Ok. Gut. Herr Raue.

Herr Raue

Ja. Von uns auch vorab, wir werden natürlich der Vorlage jetzt hier so zustimmen. Wir haben auch zur Kenntnis genommen, dass die Verwaltung sich da in mühevoller Kleinarbeit geschafft hat, an diesem Projekt, an diesem Stadtviertel Parkraumkonzept.

Und auch, wenn aus unserer Sicht natürlich insgesamt zu wenig neue Parkplätze entstehen. Wir hätten uns da mehr gewünscht. Aber, an der Stelle muss man natürlich auch die Örtlichkeiten sehen, wenn nicht viel mehr zu schaffen sind, dann geht es natürlich nicht. Wir stimmen ausdrücklich dem Punkt zwei auch zu, weil da steht, nicht nur was von Kenntnisnahme, sondern eben auch, dass die Verwaltung beauftragt wird, auf ungenutzten Garagenhofflächen eben zusätzliche Stellplätze zu schaffen. Das ist der richtige Weg.

Das ist ein Einstieg und wir müssen alle uns bewusst machen, viele Bürger sind auf Ihre Fahrzeuge angewiesen und der Einstieg in die individuelle Mobilitätslosigkeit, wie im Prinzip von den GRÜNEN gefordert, die werden wir hier nicht unterstützen. Wir unterstützen auch den Individualverkehr, dass jeder Bürger sich ein Fahrzeug zulegen kann, wenn er das möchte und dabei soll es bleiben. Aus diesem Grund, die AfD stimmt diesem Parkraumkonzept zu.

Herr Lange

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer der Vorlage zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Die Stimmenenthaltungen. Damit ist der Vorlage einstimmig zugestimmt.

- Ende Wortprotokoll -

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Das konkretisierte Parkraumkonzept samt Kostenschätzungen wird zur Kenntnis genommen. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die verkehrsorganisatorischen Maßnahmen an ausgewählten Standorten mit besonderer Relevanz und Eignung im Jahr 2019 umgesetzt werden. Die Umgestaltung der übrigen priorisierten Kreuzungsbereiche erfolgt sukzessiv entsprechend Mittelverfügbarkeit und Dringlichkeit.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, öffentliche Stellplätze auf derzeit ungenutzten Garagenhofflächen zu schaffen. Eine etwaige Reaktivierung der Garagenhöfe in Gänze ist der Umnutzung vorzuziehen.

**zu 7.4 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 32
 „Sonderbaufläche Solarpark Trotha, Köthener Straße“ -
 Abwägungsbeschluss
 Vorlage: VI/2018/04513**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Den Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zur Änderung des Flächennutzungsplanes, lfd. Nr. 32 „Sonderbaufläche Solarpark Trotha, Köthener Straße“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie den Bürgerinnen und Bürgern, die in ihren Stellungnahmen abzuwägende Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

**zu 7.5 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 32
„Sonderbaufläche Solarpark Trotha, Köthener Straße“ -
Feststellungsbeschluss
Vorlage: VI/2018/04514**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 32 „Sonderbaufläche Solarpark Trotha, Köthener Straße“, in der Fassung vom 16.10.2018.
2. Die Begründung mit dem Umweltbericht in der vorgelegten Fassung vom 16.10.2018 wird gebilligt.

**zu 7.6 Baubeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 200 Ufermauer Saline (UM 004)
Vorlage: VI/2018/04614**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Realisierung der Fluthilfemaßnahme Nr. 200 Ufermauer Saline entsprechend der Richtlinie über die Gewährung der Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013).

**zu 7.7 Vergabe des neuen Straßennamens Rauchfußstraße
Vorlage: VI/2018/04655**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat bestätigt den Straßennamen Rauchfußstraße für die neue Erschließungsstraße im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 170.1 „Böllberger Weg / Mitte, An der ehemaligen Brauerei“.

zu 7.8 Marktsatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/04264

**zu 7.8.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage "Marktsatzung der Stadt Halle (Saale)" VI/2018/04264**
Vorlage: VI/2019/04898

Frau Dr. Marquardt sagte, dass die Verwaltung die Anlage 1 im § 20 Abs. 1 um einen Punkt 8 ergänzt hat. Demnach handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig die Ausgabe von Speisen und Getränken nicht unter Verwendung von Mehrweggeschirr vornimmt oder keine biologisch abbaubaren Materialien verwendet.

Sie wies darauf hin, dass bei Annahme des Änderungsantrages, das entstehende Defizit aus Haushaltsmitteln gedeckt werden muss. Eine Änderung der Gebühren ist unzulässig und darf nicht zu Lasten der anderen Gebührenden erfolgen. Das Defizit ist mit Haushaltsmitteln abzudecken.

Herr Dr. Fikentscher sagte, dass die SPD-Fraktion die Förderung regionaler Produkte und Erzeuger unterstützt und dem Änderungsantrag zustimmen wird.

Herr Doege sagte, dass die CDU-Fraktion gegen den Änderungsantrag und für die Vorlage der Verwaltung stimmen wird.

Herr Scholtyssek fragte nach einer rechtlichen Einschätzung des Wettbewerbs hinsichtlich der 30% Zukaufregelung für Selbsterzeuger.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass regionale Erzeuger unterstützt werden sollen, entsprechende Kontrollen aber schwierig seien. Man würde den Erzeugern dahingehend vertrauen. Sie sagte weiter, dass die Förderung durchaus legitim ist, um das Ziel zu erreichen.

Im Weiteren bat **Herr Lange** um Abstimmung.

**zu 7.8.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage "Marktsatzung der Stadt Halle (Saale)" VI/2018/04264**
Vorlage: VI/2019/04898

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. § 3 („Begriffe“) wird um einen Punkt 2 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

„2. Selbsterzeugerinnen und Selbsterzeuger:

Erzeugerinnen und Erzeuger, die auf dem Markt Produkte der Forstwirtschaft, des Gemüseanbaus, der Geflügelzucht, der Imkerei, der Jagd, der Fischerei, des Weinbaus, der Landwirtschaft oder des Obst- und Gartenbaus anbieten, die sie selbst herstellen. Ein Zukauf kann bis zu 30 % des Warenangebotes erfolgen.“

2. § 17 Absatz 2 Nr. 6 („Gebührenberechnung“) wird ergänzt und erhält folgende Fassung:

„6. Allgemeine Gebühren

Geschäft	Bemessungsmaßstab	Euro
für jeden Stehtisch	täglich	2,50
für jeden Kühlwagen	m ² / Tag	4,50
Selbsterzeugerinnen und Selbsterzeuger	täglich	50 Prozent Ermäßigung der jeweiligen Standgebühr“

zu 7.8 Marktsatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/04264

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte Marktsatzung der Stadt Halle (Saale).

zu 7.9 Gastschulbeiträge
Vorlage: VI/2018/04232

Herr Schachtschneider sagte, dass die CDU/FDP-Fraktion der Vorlage zustimmen wird. Er appellierte an die Verwaltung und die Landtagsabgeordneten, den Gastschulbeitrag so festzulegen, dass er ausreicht.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. den Gastschulbeitrag für Schülerinnen und Schüler der Grund- und Gemeinschaftsschulen ab 01.08.2019 auf 460,00 Euro pro Schuljahr vorläufig festzulegen.
2. den Gastschulbeitrag für Umschülerinnen und -schüler der Berufsbildenden Schulen ab 01.08.2019 auf 511,30 Euro pro Schuljahr vorläufig festzulegen.

zu 7.10 Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VI/2019/04932

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme der nachfolgenden Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen.

1. Sachspende von der Bürgerhaus Lützschena GmbH, Hallesche Straße 244, 04159 Leipzig in Höhe von 1.292,10 Euro – Geschirr, Besen und ein Combi Juicer für die Kindertagesstätte Einstein.
(PSP-Element 1.36501 – Betrieb von Kindertageseinrichtungen)
2. Sachspende von der Interessengemeinschaft Gänsebrunnen-Kröllwitz e.V., Talstraße 32b, 06120 Halle (Saale) in Höhe von 126.078,12 Euro für Baukosten des Gänsebrunnen.
(PSP-Element 1.55105 - Wasserspiele).
3. Sachspende für die BbS V, Klosterstraße 9, 06114 Halle (Saale) aus Mitteln der AZAV (Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung), in Höhe von 9.975,77 Euro für 2 Notebooks, 4 TFT-Monitore und W-LAN-Ausstattung
(PSP-Element 1.23101.05 – Berufsbildende Schulen V, Außenstelle Klosterstraße 9)
4. Sachspende von dem Förderverein der GS Kröllwitz, An der Petruskirche 29a, 06120 Halle (Saale) in Höhe von 18.000,00 Euro für die Erbauung einer Stahl-/Holzkonstruktion für das Grüne Klassenzimmer der Grundschule Kröllwitz.
(PSP-Element 1.21101.31 – GS Kröllwitz)
5. Geldspende vom Hauptverband für Jugendwandern und Jugendherbergen e.V. für den Umbau und Erweiterung der Steintorschule zur Jugendherberge Große Steinstraße 60 durch Finanzierung des städtischen Eigenmittelanteils für den VI. Bauabschnitt, speziell von Mehrkosten bei der Gestaltung der Außenanlagen der Jugendherberge in Höhe von 245.000,00 Euro - davon 1/3 der Förderung des Vorhabens über den Städteumbau Ost Aufwertung in Höhe von 81.666,67 Euro.
(Produkt 1.51108 Räumliche Entwicklung und Sanierung)
6. Geldspende vom Verein „Freunde der Stadtbibliothek Halle e.V“, Kreuzvorwerk 10, 06120 Halle (Saale) in Höhe von 5.000,00 Euro für Veranstaltungen.
(PSP-Element 1.27201 – Stadtbibliothek)
7. Geldspende vom Verein „Freunde der Stadtbibliothek Halle e.V“, Kreuzvorwerk 10, 06120 Halle (Saale) in Höhe von 10.700,00 Euro für Beschaffung von Technik.
(PSP-Element 1.27201 – Stadtbibliothek)

zu 8 Wiedervorlage

zu 8.2 **Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) "Kulturelle Freiräume entwickeln"** Vorlage: VI/2018/04664

- Auf Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Herr Lange

Ich komme zu den Wiedervorlagen. Punkt 8.2 - Antrag Fraktion DIE LINKE kulturelle Freiräume. Hierzu kann gesprochen werden. Frau Müller, bitteschön.

Frau Müller

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ja, von unserem Antrag ist sozusagen noch ein Rudiment übrig geblieben. Ist natürlich inzwischen bisschen von der Zeit überholt. Wir haben im Grunde alles, was den Runden Tisch betrifft gestrichen. Der Runde Tisch ist initiiert. Wir beteiligen uns dort, genauso wie die anderen Fraktionen auch. Ich denke, das ist soweit in Ordnung.

Erhalten haben wir den Punkt eins. Wir wollen nach wie vor an dem Objekt Hafenstraße 7, als soziokulturelles Zentrum festhalten. Ich möchte an der Stelle auch mal zum Ausdruck bringen, das mich das ein bisschen ärgert, beziehungsweise will ich mal anregen, mal ein bisschen von dieser HaSi-Debatte wegzukommen. Man hört hier immer so Argumente, das Objekt sei verbrannt seitdem die HaSi, also der Verein Capuze e. V. dort gastierte. Das sei behaftet, negativ behaftet. Ich glaube, diese Geschichten können wir auch mal bei Seite lassen. Die HaSi ist tatsächlich Geschichte in der Form. Sie ist jetzt woanders, das ist auch gut so.

Uns geht es an der Stelle wirklich darum, dieses Objekt, wie gesagt, als soziokulturelles Zentrum zu erhalten, weil wir nach wie vor den Bedarf sehen, weil wir nach wie vor sehen, dass die richtige Debatte angestoßen wurde. Wir sehen den Runden Tisch, der ist sehr rege besucht. Er hat jetzt zweimal getagt und ich denke, auch die Stadtverwaltung kann dem zustimmen, dass dort wirklich unterschiedlichster Bedarf angemeldet wurde, an Räumlichkeiten, an Objekten, an Brachflächen. Wir haben es vorhin in der Einwohnerversprechstunde auch schon gehört. Insofern sind wir durchaus der Meinung, dass dieses Objekt, ich drücke es jetzt mal ein bisschen banal aus, hier auch sozusagen, in die Runde geworfen werden kann und zumindest auch die Möglichkeit geprüft werden sollte und diskutiert werden sollte, ob man das dort so erhalten kann, als soziokulturelles Objekt.

Uns geht es letzten Endes auch nochmal explizit um das Thema Gentrifizierung, das wir uns eindeutig dafür aussprechen, dass wir eben möglichst solche Objekte auch erhalten wollen. Das wir uns gegen eine Verdrängung stellen zugunsten Eigentum, zugunsten von Eigentumswohnungen und dergleichen. Und deswegen möchte ich hier an der Stelle nochmal ausdrücklich darum werben, wenigstens die Diskussionen am Runden Tisch um dieses Objekt aufzumachen. Herzlichen Dank.

Herr Lange

Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek

Sehr geehrter Vorsitzender, sehr geehrter Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Antragsteller. Die Diskussion um die HaSi hat uns hier wirklich lange

beschäftigt. Es gab monatelange Debatten, Abstimmungen, Änderungsanträge und so weiter. Das Thema ist entschieden. Sie reiten hier ein totes Pferd. Wie wollen Sie dieses Objekt jetzt wieder für diese Nutzung verfügbar machen? Das Gelände wurde glücklicherweise geräumt. Ich habe ein paar Fotos. Was daran wertvolle, soziokulturelle Stadtteilarbeit sein soll, kann ich wirklich nicht erkennen. Das Grundstück ist vermüllt bis zum Ende. Da wurde Containerweise Müll vom Gelände geholt, das war Umweltverschmutzung. Ich weiß nicht, was hat das mit soziokultureller Stadtteilarbeit zu tun? Nichts. Und jetzt kommen Sie wieder mit dem Antrag dieses tot gerittene Pferd und wollen die Nutzung dort wieder etablieren. Wo Sie genau wissen, dass das mit der Umgebung nur Stress verursacht hat. Es gab nur Auseinandersetzungen mit den Anwohnern, die das von vornherein nicht wollten, weil es eben nicht nur ein tolles soziokulturelles Zentrum war, sondern weil es dort ständig Partys gab bis spät in die Nacht. Die ganze Nacht durch. Das ganze Wochenende. Dort wurde die Umwelt verschmutzt, dort wurden irgendwelche Sachen abgefackelt, mit stinkenden Rauchschwaden. Das ist keine Nutzung, die dort in diese Straße passt. Und deswegen kann man diesen Antrag einfach nur ablehnen. Und bitte hören Sie endlich auf damit. Danke.

Herr Lange

Frau Dr. Brock.

Frau Dr. Brock

Ja, das ist natürlich jetzt sehr einfach, das zu reduzieren auf das, was wir mit der HaSi erlebt haben. Darum geht es aber überhaupt nicht mehr.

Herr Scholtyssek

Doch, Hafestraße 7.

Frau Dr. Brock

Nein. Ja, Hafestraße 7 ist eine Anschrift wie, was weiß ich, Marktplatz 1. Das heißt, es geht darum, das in diesem Raum, diesem sozusagen urbanen Raum, etwas erhalten wird, was die Möglichkeit gibt, in diesem Wohnquartier Begegnungsmöglichkeiten für junge Familien zu eröffnen und andere Dinge. Ich sage nur Pustebume, ist zum Beispiel auch ein soziokulturelles Zentrum. Würden Sie sich auch hinstellen und sagen, das kann man auf keinen Fall fördern?

Ich wollte aber eigentlich was anderes sagen. Ich wollte nämlich die Verwaltung fragen. Es gibt ja eine Stellungnahme, wo steht, dass man das ablehnen soll, weil ja die HWG da ein Konzept entwickelt. Und mich würde interessieren, ob es sich andeutet, das wir sowas wie ein Mittelding vielleicht kriegen könnten zwischen dem, was jetzt wirklich soziokulturelles Zentrum im Sinne einer Institution ist und was soziokulturelles Zentrum im Sinne eines Wohnangebotes ist. Das heißt, es gab mal die Äußerung, dass dort Wohnen für junge Familien sozusagen angeboten wird. Mich würde einfach interessieren, inwieweit ist das bekannt? Inwieweit wird es dort wirklich auch die Möglichkeit geben, nicht im Hochpreissegment sich Eigentumswohnungen kaufen zu müssen? Sondern eben wirklich etwas zu erhalten, was für dieses Gebiet, glaube ich, sehr wichtig ist, weil es eben auch in der Nähe von der Saale liegt, in der Nähe vom Grüngürtel liegt, eben genau dort Möglichkeiten zu geben auch für junge Familien dort ihr alltägliches Leben soziokulturell zu gestalten.

Herr Lange

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die HWG ist dabei, entsprechende Konzepte auch zu entwickeln, die Sie beschrieben haben, aber bringen Sie das bitte nicht mit soziokulturell in Verbindung.

Es wird mit Sicherheit darum gehen, sozial angemessene Wohnungen auch bereitzustellen. Diese Fläche auch zu nutzen. Dazu haben viele Aufsichtsräte sich auch bereit geklärt, das in diese Richtung auch zu denken. Wir warten auf die Pläne, die dann vorgestellt werden. Aber ein soziokulturelles Zentrum in dem Sinne, wie man es üblicher Weise versteht, soll es nicht werden.

Herr Lange

Eine Rückfrage. Bitte, Frau Dr. Brock.

Frau Dr. Brock

Ja, vielleicht bin ich auch missverstanden worden. Ich meinte sozusagen ein Wohnangebot, was die Möglichkeit gibt, gleichzeitig natürlich auch in einem sozialen Gefüge sich dort eben auch mit Angeboten und so weiter, zu beschäftigen. Das war meine Frage.

Und das zweite, was ich noch nachfragen wollte, wann wird denn dieses Konzept in irgendeiner Form vorgelegt? Bevor da jetzt irgendetwas angefangen wird im Sinne von bauen oder abreißen oder wie auch immer. Wann kriegen wir denn das in irgendeiner Form zur Kenntnis?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dazu muss die HWG erstmal ein Konzept entwickeln. Dann muss das umfangreich beraten werden und dann kann man auch darüber berichten, wenn es aus dem Aufsichtsrat raus ist, beziehungsweise dort eine Möglichkeit gibt, dass man sich verständigt, dieses Konzept dann auch herauszugeben. Sie wissen ja, der Aufsichtsrat tagt nicht öffentlich und hier wird es ein Konzept geben, das ist angekündigt worden. Aber es ist bislang noch nicht beraten worden.

Frau Dr. Brock

Gut, aber es werden da keine Tatsachen geschaffen, bevor da irgendwie was konzeptionell entwickelt worden ist?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also ich weiß nicht, wie man Tatsachen schafft. Die HWG ist beauftragt, entsprechende Wohnungen auch zu schaffen, besonders im sozialen Bereich. Sozial angemessene Wohnungen und das ist auch der Gesellschaftszweck des Unternehmens.

Frau Dr. Brock

Gut, Dankeschön.

Herr Lange

Herr Nette.

Herr Nette

Also, so, wie Sie den Begriff soziokulturelle Zentren verwenden, ist es ja nichts weiter, als ein Euphemismus für besetzte Häuser. Und das wollen die Hallenser nicht mehr haben. Wir hatten besetzte Häuser, ja. Die Linken haben sich da etabliert und das sind heute die Dreckecken in der Reilstraße. Ja, schicken Sie den Capuze e. V. ins Reil 78 oder ins GiG oder meinetwegen in die Ludwigstraße 37.

Herr Lange

Frau Müller bitte.

Frau Müller

Okay. Also ich habe den Eindruck, einer will mich bewusst missverstehen, der andere kapiert es einfach nicht. Herr Scholtyssek, erstmal Frau Dr. Brock, vielen Dank, Sie haben mir im

Grunde schon das vorweggenommen, was ich sagen wollte. Ich habe es extra in meiner Einbringungsrede gesagt: Es geht hier nicht um die HaSi und es geht auch nicht um Gruppen, die genauso sind, wie die HaSi. Und Sie wissen auch, dass selbst wir als Linke auch irgendwann mal gesagt haben, dass die Performance der HaSi suboptimal war. Es geht darum, dass es ganz viele andere Gruppen, Vereine, Initiativen gibt. Ihre Kollegen, Herr Peinhardt und Herr Bernstiel, saßen mit am Runden Tisch, die wissen das auch, was dort für eine Vielfalt war. Und ich muss ganz ehrlich sagen, ich finde das auch unfair den Vereinen gegenüber, die sich jetzt dort an den Runden Tisch setzen und über so ein Freiraumkonzept nachdenken. Insofern, was soll ich dazu noch sagen? Ich wollte das einfach nur nochmal ausgeräumt haben. Sie wissen ganz genau, dass es darum nicht geht. Also, sagen Sie es einfach auch nicht. Danke.

Herr Lange

Herr Helmich bitte.

Herr Helmich

Ich ziehe zurück.

Herr Lange

Herr Schachtschneider.

Herr Schachtschneider

Ja, meine Damen und Herren, Frau Müller, also, ich weiß nicht, wie ich jetzt, von Ihnen dann, ob ich es nicht verstehe, ob ich es nicht verstehen will. Also vielleicht verstehe ich es ja doch falsch, deshalb stelle ich jetzt hier auch nochmal die Frage: HaSi oder Hafestraße 7 als Adresse, darum geht es ja schon? Soll ich jetzt verstehen, das da ein Literaturcafé, bildende Künstler hereinkommen oder so etwas?

Frau Müller

Ja.

Herr Schachtschneider

Aber im anderen Wort spricht man vom soziokulturellen Zentrum und dann wird wiederum die Pustebloom. Und ich finde, Frau Dr. Brock, ich weiß nicht, wann Sie das letzte Mal da waren, das ist ein schlechtes Beispiel. Es war nie vermüllt. Es gibt dort sogar ein Kräutergarten. Dort gab es nie Beschwerden mit den Anwohnern. Das einzige, was da ein bisschen riecht, ist der Keller. Aber wie gesagt, das Problem löst ja Herr Heinz jetzt. Und ich meine, man muss doch mal ganz ehrlich sein in der Diskussion. Jetzt geht es um ein Objekt bei der HWG. Über die anderen Sachen, wenn zum Beispiel städtische Unternehmen Gebäude verkaufen oder anderweitig um planen, da reden wir doch auch nie drüber. Dann können wir nicht sagen, jetzt geht es uns um das eine Gebäude genau an diesem Standort. Dann müssten wir jedes prüfen und müssten sagen, könnten wir das nicht irgendwo anders verwenden. Damit beschneiden wir natürlich die Unternehmen auch schon gewaltig in Ihrer Entscheidungsfreiheit und mischen uns da ein. Und ich denke, es gibt noch genügend Freiräume. Und wenn man wirklich irgendwann mal welche braucht und es wirklich ganz, ganz knapp ist, dann könnten wir immer noch überlegen. Aber, ich denke, es gibt ein Konzept und da sollten wir die HWG jetzt auch wirklich machen lassen. Dankeschön.

Herr Lange

Erst Herr Dr. Wend.

Herr Dr. Wend

Ja, ich möchte noch ganz kurz. Da der Antrag jetzt ein bisschen ja über das hinaus geht und man vor allen Dingen auch überlegt, wohin kann die Reise in der Hafestraße 7 hingehen, doch nochmal auf eine Pressemitteilung der HWG mich beziehen, wo es heißt, das man dort

Wohnraumeigentum, also günstigen, also günstig zu werbenden Wohnraumeigentum schaffen möchte. Da würde ich gerne aus meiner Position nochmal darauf hinweisen, dass das nicht die Aufgabe der HWG sein kann. Wir wollen die HWG nutzen, um Wohnraumnutzung auch zu steuern und dann kann man nicht Wohnraum schaffen. Die zu vorderste Aufgabe der HWG ist guten Mietwohnraum zur Verfügung zu stellen. Das, finde ich, ist ein wichtiger Gesichtspunkt, wenn man überlegt, wen das dort weiterentwickelt. Danke.

Herr Lange

So, dann Frau Müller nochmal als direkte Antwort auf Herrn Schachtschneider.

Frau Müller

Ja, vielen Dank Herr Schachtschneider. Ja, Sie haben Recht. Genau das meinen wir damit. Dieses Objekt einfach als Möglichkeit zu prüfen für all das, was Sie aufgezählt haben und darüber hinaus. Das ist letzten Endes wirklich auch das Problem an der Stelle, was ich auch von Anfang an versucht habe auszuräumen. Es geht ja nicht nur um die HaSi und also um den Capuze e. V., wie er da war. Es geht überhaupt nicht mehr um ihn. Letzten Endes rührt das auch ein Stück weit daher, dieses Objekt hat sich auch, zumindest zwei Jahre lang bewährt, als solches genutzt zu werden. Es steht nach wie vor leer. Es stand jahrelang leer. Warum soll man es unter den Gesichtspunkten nicht einfach in diese runde mit reinwerfen, wo an diesem Runden Tisch gerade eine ganze Menge Objekte und Räumlichkeiten gesucht werden. Und es geht lediglich darum, es zu diskutieren. Hier soll überhaupt nicht beschlossen werden, dass es soweit ist. Danke.

Herr Lange

Herr Wolter.

Herr Wolter

Ja, es ist so schön, wenn man einen Antrag stellt, wo HaSi natürlich enthalten ist, aufgrund des Grundstücks und dann sich sozusagen ein bisschen überrascht hat. Das ist ja auch die Veränderung des gesamten Antrages. Hat natürlich ganz direkt mit der Hafestraße 7 und der Initiative von Capuze zu tun. Und daher kommt ja auch der Antrag von den Linken. Insofern verstehe ich die Reaktion und das runter brechen auf die Entwicklung und auch die Lösung, die wir jetzt sozusagen da glücklicherweise gefunden haben.

Wir empfinden es trotzdem so, dass es eine Schwächung bedeutet, der Antrag, für das, was wir eigentlich geschafft haben, nämlich den Runden Tisch für die kulturellen Freiräume einzurichten. Und auch, wenn die Intention da drin steht, finden wir den Bezug zu dem einzelnen Grundstück nicht richtig. Wir sehen aber jetzt auch keinen Änderungsbedarf zum Antrag.

Wir würden uns enthalten beziehungsweise ablehnen, weil wir es auch, sage ich mal, ernst nehmen, Herr Oberbürgermeister, das Sie als Aufsichtsratsvorsitzender bei der HWG, natürlich, sage ich mal, unseren Auftrag ernst nehmen im Runden Tisch, eben Objekte und mit, sage ich mal, zu evaluieren und das es dann am Schluss eine Empfehlung gibt, die ganz klar natürlich eine Handlungsmöglichkeit und eine Option offen hat.

Das muss natürlich sein, aber es kann natürlich auch sein, dass ganz andere Objekte und Grundstücke dort vorgeschlagen werden. Also, wir sind sozusagen eher für eine Stärkung des Runden Tisches und wollen da jetzt nicht unbedingt, sage ich mal, den Rucksack beim Runden Tisch hinlegen: Bitte überlegt euch auf jeden Fall für die Hafestraße 7 ein zukünftiges Konzept. Weil es vielleicht auch ganz andere Projekte und Objekte und Grundstücke gibt, wo was entwickelt wird.

Also, wir kennen die Ergebnisse nicht und würden deswegen nochmal den Oberbürgermeister bitten, sozusagen, das mitzunehmen auch in den Gremien, zumindest jetzt bei der HWG. Und wenn da jetzt bestimmte Objekte vielleicht dann herausgearbeitet werden, die im HWG Besitz sind, das man dann in der Folge natürlich, vielleicht auch über die Gesellschafterweisung, aber vielleicht auch intern, im Aufsichtsrat, bestimmte Zukunftskonzepte entwickelt, wo die HWG sich aktiv beteiligt.

Herr Lange

Herr Raue.

Herr Raue

Ja, also, ich will auch nochmal Frau Müller ansprechen. Auch wenn ich dann Gefahr gehe, das Sie dann nochmal erwidern. Aber ich will Sie ja nicht persönlich angreifen, ich will nur sagen, es ist vielleicht auch nicht wirklich so, dass wir Sie alle nicht verstehen wollen, wir haben nur einfach eine ganz andere Auffassung und Ansicht. Und unserer Ansicht nach, ist es so, dass die Stadtverwaltung den Auftrag hat, mit dem Vermögen der Stadt, sozusagen aller Bürger, wirtschaftlich auch umzugehen. Und dazu gehört eben auch die perspektivische Entwicklung des Areals in der Hafestraße. Und Halle leistet sich auch fast doppelt, eine fast doppelt so große Kulturszene, wie Magdeburg. Gucken Sie, was wir alleine in professionellen Bereich ausgeben für die TOOH. Und wir leisten uns auch einen relativ vornehmen Stock an Ausgaben für diese Subkultur, wie Sie das nennen, ja. Das jetzt noch weiter auszuweiten, das haben Sie ja nun auch gehört, in den Einlassungen unserer anderen oder Ihrer anderen Kollegen. Das muss auch irgendwann mal ein Stück zurückgeführt werden und an dieser Stelle, das ist sicherlich irgendwann mal eine vorzügliche Wohngegend, das kann ich mir gut vorstellen. Wir profitieren alle von Zuzug bonitärer und was weiß ich, gut gebildeter Leute hier in Halle. Das wollen wir auch haben. Die brauchen auch entsprechende Angebote von uns. Und insofern können wir Ihrem Antrag hier tatsächlich überhaupt nicht folgen. Wenn gleich wir Ihre Intention verstehen, aber wir teilen Ihre Auffassung nicht und werden uns deswegen dagegen aussprechen.

Herr Lange

Herr Sänger.

Herr Sänger

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Lassen Sie uns die Negativgeschichte Hafestraße 7 abschließen und lassen Sie die HWG, eine der wichtigsten Gesellschaften in Halle, die die Stadtentwicklung deutlich prägen, ihr Konzept durchsetzen. Und es gibt ausreichend andere Möglichkeiten, insbesondere städtischer Immobilien, wo man etwas entwickeln kann und das sollte man tun. Aber auf keinen Fall jetzt in der Hafestraße damit anzufangen. Ich bin überzeugt davon, dass der Antrag abzulehnen ist.

Herr Lange

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und deswegen komme ich zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Die Stimmenenthaltungen.

Dann ist das bei einer Stimmenenthaltung, einer Mehrheit von Gegenstimmen, abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

„Kulturelle Freiräume entwickeln“

1. Der Stadtrat spricht sich dafür aus, dass das Objekt in der Hafestraße 7 als ein potentieller Standort für ein soziokulturelles Zentrum erhalten ~~wird~~ bleibt. Entsprechende Möglichkeiten sollen im Rahmen des Runden Tisches „Kulturelle Freiräume“ gemeinsam mit den Vereinen und Initiativen des Gremiums und der Stadtverwaltung evaluiert und diskutiert werden. Deshalb wird der Oberbürgermeister in seiner Eigenschaft als Vertreter der Alleingeschafterin Stadt Halle (Saale) beauftragt, den Geschäftsführer der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH im Wege einer Geschafteranweisung anzuweisen, die ~~bekannt gewordene~~ Entwicklung des Objektes als Wohnfläche zunächst auszusetzen bzw. nicht weiter voranzutreiben bis der Runde Tisch „Kulturelle Freiräume“ seine Arbeit abgeschlossen und eine Empfehlung für den Stadtrat vorgelegt hat. ~~sowie zur Deeskalation der Lage bis auf Weiteres die Zwangsvollstreckung(en) nicht weiter zu betreiben und die Verwirklichung der folgenden Beschlüsse des Stadtrates abzuwarten.~~
2. ~~Der Oberbürgermeister~~ **Stadtrat** wird beauftragt ~~bittet den Oberbürgermeister,~~ einen Runden Tisch „Kulturelle Freiräume in Halle“ einzuberufen. Innerhalb dieses Gremiums erarbeitet ~~sollte~~ die Stadtverwaltung mit Vertreterinnen und Vertretern der soziokulturellen, nicht kommerziellen Vereine/ Initiativen / Kultureinrichtungen Halles und der städtischen Wohnungsunternehmen ein Konzept, wie kulturelle und selbstverwaltete Freiräume in Halle entwickelt und unterstützt werden können **erarbeiten**. Das Konzept befasst ~~sollte~~ sich dabei explizit auch mit solchen und vergleichbaren Freiräumen & Einrichtungen wie dem ehemaligen „La Bim“, der ehemaligen „Rockstation“, der „Hasi“ und „Postkult“ **befassen** und umfasst ~~sollte~~ die konkrete Benennung von Maßnahmen zu seiner Umsetzung **umfassen**. In den Runden Tisch „Kulturelle Freiräume in Halle“ sind als Moderatorinnen oder Moderatoren ein oder zwei etablierte Persönlichkeiten der Kulturszene Halles zu berufen.
3. Im Rahmen des Diskussionsprozesses ist ~~sollte~~ durch den Runden Tisch „Kulturelle Freiräume in Halle“ unter anderem zu prüfen **geprüft** und zu erörtern, erörtert ~~werden~~ wie das Objekt in Hafestraße 7 auch künftig als soziokulturelles Zentrum betrieben werden und von Vereinen wie Capuze e.V. aber auch von anderen **soziokulturellen** Vereinen und Initiativen genutzt werden kann. Dieses zukünftige, neue Nutzungskonzept für ein soziokulturelles Zentrum in der Hafestraße 7 wird ~~sollte~~ als Teil des durch den Runden Tisch zu erarbeitenden Konzeptes für kulturelle und selbstverwaltete Freiräume in Halle vorgelegt **werden**.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf entsprechende Vereine und Initiativen sowie auf mögliche Moderatoren aus der Kulturszene in Halle zuzugehen. Die konkrete Zusammensetzung und der konkrete Arbeitsauftrag des Runden Tisches „Kulturelle Freiräume in Halle“ im Rahmen und zur Umsetzung dieses Stadtratsbeschlusses werden ~~sollten~~ gemeinsam mit den Stadtratsfraktionen erarbeitet und vom Stadtrat im Januar 2019 beschlossen **werden**.
5. Das durch den Runden Tisch „Kulturelle Freiräume in Halle“ erarbeitete Konzept hat Bindungskraft und wird dem Stadtrat im Mai 2019 zum Beschluss vorgelegt.

6. ~~Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass der Capuze e.V. mit der Übergabe der Schlüssel das Objekt herausgegeben hat. Gleichzeitig fordert der Stadtrat alle Unterstützerinnen und Unterstützer des soziokulturellen Zentrums Hasi auf, einen Neustart zu ermöglichen und das Gelände voll- und eigenständig zu räumen um den Weg freizumachen, damit der Runde Tisch „Kulturelle Freiräume in Halle“ sein Konzept – auch bezüglich der zukünftigen Nutzung der Hafenstraße 7 als soziokulturelles Zentrum – erarbeiten kann. Dafür wird den Aktivistinnen und Aktivisten eine angemessene Frist bis zum 30. Januar 2019 eingeräumt. Ziel ist, einen weiteren Polizeieinsatz wie den vom 21.11.2018 zu verhindern.~~

**zu 8.4 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erhöhung der Sportstättenkapazitäten in Halle-Neustadt
Vorlage: VI/2018/04658**

**zu 8.4.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Fraktion zur Erhöhung der Sportstättenkapazität in Halle-Neustadt (VI/2018/04658)
Vorlage: VI/2019/04907**

Herr Eigendorf führte in den Antrag ein und sagte, dass der Änderungsantrag des Oberbürgermeisters in Verbindung mit der Verständigung im Hauptausschuss über die zeitliche Komponente übernommen wurde. Er bat um Zustimmung zum Antrag.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

**zu 8.4.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Fraktion zur Erhöhung der Sportstättenkapazität in Halle-Neustadt (VI/2018/04658)
Vorlage: VI/2019/04907**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

~~Die Stadtverwaltung wird beauftragt, unter Einbindung des Stadtsportbundes Halle (Saale) und des Landessportbundes Sachsen-Anhalt e.V. die Grundsanie rung des ehemaligen Kindergartengebäudes nördlich der Sportanlagen des Halleschen Inline Skate Clubs e.V. (HISC) und des FSV 67 Halle e.V. in Halle-Neustadt prioritär im Rahmen der Sportstättenanierungen einzuplanen, in der mittelfristigen Finanzplanung einzuarbeiten und ab dem Jahr 2020 umzusetzen, um nach der Sanierung bis zu vier Sportvereinen, die bereits in die Planungen einbezogen werden sollen, eine Heimat und Trainingsstätte zu bieten.~~
Die Verwaltung wird beauftragt, Nutzungsmöglichkeiten des Objekts Am Kinderdorf 2 und 3 in Halle-Neustadt für den Vereinssport zu prüfen und die finanziellen Auswirkungen darzustellen. Über das Ergebnis der Prüfung wird der Stadtrat im Dezember 2019 informiert.

**zu 8.4 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erhöhung der Sportstättenkapazitäten in Halle-Neustadt
Vorlage: VI/2018/04658**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Nutzungsmöglichkeiten des Objekts Am Kinderdorf 2 und 3 in Halle-Neustadt für den Vereinssport zu prüfen und die finanziellen Auswirkungen darzustellen. Über das Ergebnis der Prüfung wird der Stadtrat im August 2019 informiert.

**zu 8.5 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einrichtung einer Zweigbibliothek im halleschen Osten
Vorlage: VI/2018/04671**

Herr Borggrefe sagte, dass mit dem Prüfauftrag auf den dringenden Bedarf hingewiesen werden soll, die Infrastruktur städtischer Einrichtungen zu verbessern. Er bat um Zustimmung.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass die Fraktion DIE LINKE dem Antrag zustimmen wird. Er sagte, dass das Ansinnen auch auf andere Stadtteile, wie Silberhöhe, Ammendorf und Osendorf zutrifft oder beispielsweise Heide-Nord, Lettin und Dölau. Die Stadtteile sollten gleichwertig betrachtet werden.

Frau Dr. Brock sagte, dass die Menschen einen wohnungsnahen Zugang zu diesen Angeboten erhalten müssen, da es eine Art von Kulturtechnik ist, sich mit Büchern und Literatur haptisch zu beschäftigen. Sie bat um EinzelpunktAbstimmung. Dem Punkt 1 könnte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht zustimmen.

Herr Wolter sagte, dass der Antrag unter dem finanziellen Aspekt und der politischen Setzung als erledigt zu betrachten ist. Die Ausrichtung des Bibliothekswesens ist mit dem zentralen Standort auf dem Hallmarkt konzeptionell gut umgesetzt.

Herr Dr. Meerheim regte an, im Beschlusspunkt 4 die Formulierung in: „Die *mögliche* Einrichtung einer Zweigbibliothek ...“ zu ändern.

Herr Krause bedankte sich für den Hinweis und änderte den Antrag dahingehend ab.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung der einzelnen Beschlusspunkte.

Abstimmungsergebnis: EinzelpunktAbstimmung

Pkt. 1	mehrheitlich abgelehnt
Pkt. 2	einstimmig zugestimmt
Pkt. 3	einstimmig zugestimmt
Pkt. 4	einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat begrüßt grundsätzlich Überlegungen, eine Zweigbibliothek im halleschen Osten zu errichten.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einrichtung einer Zweigbibliothek im halleschen Osten zu prüfen. Das Prüfergebnis für die Einrichtung der Zweigbibliothek ist dem Stadtrat spätestens drei Monate nach Beschluss des Antrages vorzulegen.
3. Die Prüfung soll folgende Punkte beinhalten:
 - a. Untersuchung der möglichen Standorte in den Stadtteilen des halleschen Ostens
 - b. Skizzierung einer zeitlichen Perspektive von den Planungen bis zur Eröffnung
 - c. Untersuchung der personellen sowie (einmaligen und langfristigen) finanziellen Auswirkungen.
4. Die mögliche Einrichtung einer Zweigbibliothek im halleschen Osten erfolgt unter der Maßgabe, dass keine personelle, finanzielle und qualitative Schwächung der bestehenden Bibliotheksstrukturen stattfindet.

**zu 8.7 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Teilnahme an der Präventionskampagne „Luisa ist hier!“
Vorlage: VI/2018/04474**

Frau Dr. Schöps erläuterte die Intention des Antrages und legte das positive Votum der Fachausschüsse dar. Sie bat um Zustimmung zum Antrag.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. In über 50 Städten in Deutschland und der Schweiz wird die Präventionskampagne „Luisa ist hier!“ durchgeführt. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Startphase der Einführung in Halle (Saale) im 1.Quartal 2019 zu koordinieren und einen Projektträger für die Umsetzung dieser Präventionskampagne in den Diskotheken, Kneipen, Klubs, Cafés und Restaurants zu gewinnen. Eine im Bedarfsfall angemessene fachliche Nachbetreuung von Betroffenen sollen die entsprechenden Fachberatungsstellen in unserer Stadt gewährleisten. Die Stadt Halle (Saale) sichert die Kosten für die Übernahme des Corporate Designs incl. der Handlungsleitfäden für teilnehmende Unternehmen ab.
2. Über den Stand der Umsetzung wird im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss regelmäßig informiert.

Beschlussvorschlag:

Punkt 2 des Beschlussvorschlages wird wie folgt ergänzt:

Sanierungen und Investitionen in Instandhaltung, Instandsetzung sowie Neubau von Sportinfrastruktur erfolgen zukünftig nach diesem Konzept. **Maßnahmen zur Verkehrssicherung und Gefahrenabwehr sind gesondert und prioritär zu behandeln.**

zu 9.2 **Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Sicherstellung des kostenfreien
Amtsblattbezuges
Vorlage: VI/2019/04839**

Herr Scholtyssek führte in den Antrag ein.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Hauptausschuss.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

*durch Geschäftsordnungsantrag
des Oberbürgermeisters
in den
Hauptausschuss*

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung prüft die Auswirkungen des Urteils des Bundesgerichtshofes vom 20. Dezember 2018 (I ZR 112/17) und berücksichtigt die gerichtlichen Maßgaben bei der künftigen Ausgestaltung des städtischen Amtsblattes.

zu 9.3 **Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur
Errichtung einer Outdoorfitnessstrecke
Vorlage: VI/2019/04861**

zu 9.3.1 **Änderungsantrag der Oberbürgermeisters zum Antrag des Stadtrates
Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Errichtung einer
Outdoorfitnessstrecke (VI/2019/04861)
Vorlage: VI/2019/04922**

Herr Scholtyssek verwies den Antrag im Namen des Antragstellers in den Sportausschuss und den Finanzausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

*durch Geschäftsordnungsantrag
der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Sportausschuss
und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften*

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, auf der Würfelwiese in der Nähe des bereits vorhandenen Ballsportplatzes eine Outdoorfitnessstrecke zu errichten.

Bei der Planung sollen mögliche Gefahren durch Hochwasser und Vandalismus berücksichtigt werden. Die erforderlichen Mittel, sollen durch Spenden, Crowdfunding oder Wettbewerbe wie zum Beispiel die Fanta Spielplatz-Initiative eingeworben werden. Auch dies ist in der Planung zu berücksichtigen.

Die neue Outdoor-Fitness Strecke“ soll spätestens im Frühjahr 2020 in Betrieb genommen werden.

**zu 9.3.1 Änderungsantrag der Oberbürgermeisters zum Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Errichtung einer Outdoorfitnessstrecke (VI/2019/04861)
Vorlage: VI/2019/04922**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

*durch Geschäftsordnungsantrag
der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Sportausschuss
und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften*

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, auf der Würfelwiese in der Nähe des bereits vorhandenen Ballsportplatzes **die Errichtung** einer Outdoorfitnessstrecke zu **prüfen** errichten.

Bei der ~~Planung~~ **Prüfung** sollen mögliche Gefahren durch Hochwasser und Vandalismus berücksichtigt werden. ~~Die erforderlichen Mittel, sollen durch Spenden, Crowdfunding oder Wettbewerbe wie zum Beispiel die Fanta Spielplatz-Initiative eingeworben werden. Auch dies ist in der Planung zu berücksichtigen.~~

~~Die neue Outdoor-Fitness Strecke“ soll spätestens im Frühjahr 2020 in Betrieb genommen werden.~~ Die Ergebnisse der Prüfung werden dem Stadtrat im September 2019 vorgelegt.

zu 9.4 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Verzicht auf Verkäufe von Anteilen kommunaler Unternehmen im Rahmen der Konsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: VI/2019/04868

- Auf Antrag der SPD-Fraktion Halle (Saale) und der AfD Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Herr Lange

Ich komme zu 9.4. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion zum Verzicht auf Verkäufe kommunaler Unternehmen. Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf

Vielen Dank Herr Vorsitzender. Herr Oberbürgermeister. Liebe Kolleginnen und Kollegen. Unsere Stadt, der alte und der neue Stadtrat stehen vor einer großen Herausforderung. Unsere Stadt muss Schulden in einer sehr hohen Höhe abbauen, ohne die Leistungsfähigkeit unserer Stadt und ohne das, was die Stadt lebenswert macht, zu zerstören.

Das Sparen ist dabei kein Selbstzweck, das wissen wir. Wir haben uns viele wichtige Schuldsanierungsmaßnahmen vorgenommen, dafür müssen wir die Grundlage schaffen und deswegen müssen wir eben auch an anderen Stellen sparen. Neben dem Umfang dieses Konsolidierungskonzeptes ist auch der Zeitdruck, unter dem wir stehen, immens. Es führt dazu, dass die verschiedenen Ansätze über die Frage, wie man den Schulden in unserer Stadt abbauen kann, nicht nur in der Stadtverwaltung diskutiert werden, sondern auch an verschiedenen anderen Stellen in unserer Stadtgesellschaft.

Uns ist wichtig, dass wir heute hier als Stadtrat eine Klarstellung darüber vornehmen, welche Wege wir zum Abbau der Schulden für sinnvoll halten und welche eben nicht. Andere Städte, die in einer ähnlichen Situation wie wir waren, haben beim Schuldenabbau darauf zurückgegriffen, kommunale Unternehmen ganz oder anteilig zu verkaufen. Und das im Nachhinein sehr bereut. Auch in Halle wäre ein solcher Schritt, ein Schritt in die falsche Richtung. Viele der kommunalen Unternehmen, die wir besitzen, verändern unsere Stadt, verändern das Stadtbild an vielen Stellen zum Guten. Sie zu verkaufen hieße gerade, die Möglichkeiten, die wir haben, in der öffentlichen Daseinsvorsorge, in der sozialen Sicherheit oder auch in der strategischen Entwicklung unserer Stadt selbst zu beschränken. Das hieße auch, dass wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Mieterinnen und Mieter und die Kundinnen und Kunden vieler kommunaler Unternehmen in unsicheres Fahrwasser schicken. Das können wir nicht wollen. Das schadet unserer Stadt und wir sind der Meinung, dass wir jetzt gemeinsam klar stellen sollten, dass wir das nicht wollen. Ja, vielleicht sogar müssen. Dass Sie, Herr Oberbürgermeister nun, nachdem Sie sich wochenlang nicht zu dem Thema geäußert haben, erklären, dass Sie diese Pläne nicht verfolgen, begrüßen wir ausdrücklich. Wir glauben, dass die Tatsache das Sie jetzt öffentlich erklärt haben, das Sie uns in diesem Punkt nun zustimmen, dazu geeignet ist, um die Unsicherheit, die gerade bei solchen Fragen entsteht, zu beheben, ihr entgegenzuwirken. Wir verstehen deswegen nicht, Herr Oberbürgermeister, warum Sie sich entschieden haben, den Antrag verweisen zu wollen, obwohl wir uns in diesem Punkt ja scheinbar völlig einig sind. Deswegen, Herr Oberbürgermeister, lassen Sie uns hier gemeinsam ein Zeichen setzen. Lassen Sie uns klar stellen, dass der Verkauf kommunaler Unternehmen für uns keine Option im Rahmen des Schuldenabbaus sein kann und sein soll. Nehmen Sie Abstand von der Verweisung und ich bitte Sie um Zustimmung. Vielen Dank.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die Stadtverwaltung hat über sechs Jahre solche Pläne nicht verfolgt. Warum Sie einen solchen Antrag stellen, wissen Sie wahrscheinlich nur selbst. Das ist ein Schaufensterantrag, den Sie hier stellen. Sie wissen, dass zu keinem Zeitpunkt hier Pläne sind. Um aber zu klären, ob Pläne vor meiner Amtszeit bestanden haben, verweise ich das in den Hauptausschuss, um mit Ihnen das gemeinsam zu besprechen.

Herr Lange

Herr Dr. Meerheim.

Herr Dr. Meerheim

Jo, das war nicht schlecht eben. Wenn das der Grund ist, das in den Hauptausschuss, oder wo auch immer hinzu verweisen, ich kann es Ihnen auch hier schon mitteilen, ob es solche Pläne gab. Ja, es gab sie. Und zwar hatten wir im Jahre mal 2007/08 das Problem auch, ein großes Haushaltskonsolidierungskonzept für die Stadt vorzulegen, zu beschließen und davor gemeinsam zu beraten, hier in diesem Gremium. Und da gab es tatsächlich solche Überlegungen, in Größenordnungen, Anteile oder sogar komplette Wohnungsgesellschaften, dieser Stadt, die uns gehören, zu veräußern.

Dazu brauche ich das aber heute nicht nochmal zu verschieben. Man hätte es tatsächlich sagen können: Jawohl, auch, wenn möglicherweise keine Not bestand, die Not bestand aber sechs Jahre tatsächlich nicht, weil es sechs Jahre lang kein Schreiben des Landesverwaltungsamtes zu dem Thema an die Stadtverwaltung gab. Das heißt also, das eine schließt das andere nicht aus.

Und ich muss sagen, 2007 und 2008 war es genau unsere Fraktion, die damals einen Vorschlag erarbeitet hat, der dazu geführt hat, dass es diese Unternehmen heute noch gibt. Beide Wohnungsunternehmen. Und eine Mehrheit hat damals diesem Vorschlag hier im Stadtrat Gott sei Dank zugestimmt. Und da können sich alle wahrscheinlich, die damals hier schon dabei waren, daran erinnern und können sich heute auf die Schulter klopfen, dass ein solcher Antrag, so wie ihn die SPD heute vorgelegt hat, überhaupt noch möglich ist, dass es die Unternehmen noch gibt. Und ich hoffe es bleibt dabei. Und nicht nur bezogen auf die Wohnungsunternehmen, sondern auf alle anderen kommunalen Unternehmen auch. Gleichwohl ja, dieser Antrag hat natürlich zu einer gewissen Beunruhigung geführt. Nämlich in den kommunalen Unternehmen selbst. Arbeitnehmer und Arbeitgeber in dem Falle auch. Also die Geschäftsführer haben natürlich angefragt: Was ist denn bei euch los? Wer hat denn sowas sozusagen in seinem kaputten Gehirn? Wenn wir alle daran denken, was diese kommunalen Gesellschaften in dieser Stadt für unsere Stadt und ihre Bürger tun, also nicht nur Wohnungen bereitzustellen, sondern in den ganzen weiteren Bereich der Daseinsversorgung, ob es die Versorgung, die Entsorgung oder was auch immer ist, bereitstellen und darüber hinaus Dienstleister unseres Haushaltes sind. Denn wir dürfen nicht vergessen, dass wir jährlich die letzten Jahre, zwischen sieben und zehn Millionen Euro in unserem Haushalt aus den kommunalen Unternehmen vereinnahmt haben. Wer dann auch solche Gedanken käme, den müsste man sofort die Frage stellen: Was tue ich bei einmal, wenn ich anschließend gar nichts mehr habe? Und zwar in jeder, in jeder, in jeder Situation.

Die Frage ist berechtigt, warum der Oberbürgermeister vor diesen Hintergrund, diesen Antrag nochmal verweist. Der Stadtrat könnte sich heute einhellig hinter diesen Antrag stellen und die Position, die wir schon vor zehn und mehr Jahren damals gemeinsam hier im Rat gefasst haben, bestätigen. Und damit eine dauerhafte Perspektive für die Stadt und ihre Unternehmen und deren Beschäftigten deutlich machen könnte, ohne dass irgendjemand in dieser Stadt trotz schwieriger Haushaltslage, um bestimmte Auflagen, auf der Landesseite, uns gegenüber bestehen. Das wäre vernünftig und dem würden wir auch zustimmen.

Herr Lange

So, der Antrag ist verwiesen. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Doch, Herr Dr.. Ach so. Gut. Dann erst Herr Raue, dann Herr Wolter. Möchten Sie zuerst Herr Wolter? Ist es, Sie kommen ja von der Fraktion MitBÜRGER.

Herr Raue

Prima, Herr Wolter, vielleicht kann ich Sie ja beglücken. Also. Ja, Herr Dr. Meerheim, Herr Eigendorf, ist schon ein schönes Schauspiel, was Sie hier abliefern, ja. Mal vorausgeschickt, ich teile natürlich das, was Herr Eigendorf so jetzt vorgetragen hat, das vorausgeschickt.

Denn noch war ja gestern unser Bundespräsident da und das was Sie ihm natürlich gleich vor, nicht gejammert, was Sie beklagt haben, ist das die Stadt zu wenig Geld hat und eben hohe Kassenkredite und dergleichen und das wir eben mehr Versorgung brauchen und mehr Zuwendung vom Bund uns wünschenswert wäre, das war so der Tenor dessen, was Sie zum Bundespräsident gesagt haben. Was ich auch teile, was ich auch teile im Übrigen, ja. Aber gut. Eine Partei, die quasi gnadenlos die Obergrenze der Zuwanderung auf 200.000 und noch viel mehr hinauf setzen wollte, die quasi nicht genügend Zuwanderung aus Ländern, wo unqualifizierte oder wenig qualifizierte Leute, kulturfremd hier ins Land kommen. Also Steuermittel zum Fenster rausschmeißt. Eine solche Partei, die sich dann hier hinstellt und sagt, ja aber, wir wollen auch nicht unser kommunales Eigentum verkaufen.

Auf der einen Seite gibt der Bund 50 Milliarden Euro jedes Jahr für die Folgen der Zuwanderung aus, für die Grenzöffnung, die Sie mit zu verantworten haben und die Sie Herr Meerheim, Ihnen konnte ja die Grenze nicht groß genug geöffnet werden, ja. Das müssen wir ja dazu sagen. Das heißt, also Sie beide stellen sich jetzt hier hin und sagen, unser Geld, das wollen wir der ganzen Welt zur Verfügung stellen, aber unsere Kommunen, die wir ja deswegen nicht entschulden können, weil der Bund sonst weniger zuweisen kann. Unsere Kommunen, die sollen ihr kommunales Eigentum, logischerweise, berechtigterweise, behalten. Das geht nicht zusammen. Das passt nicht zusammen. Wir werden das auch erleben. An dem Tag, wo im Prinzip unser wirtschaftliches Haus hier, die wir haben, wo das in sich zusammen bricht. An dem Tag werden wir uns hier wieder finden und sagen, das Landesverwaltungsamt nimmt unseren Haushalt nicht ab und wir müssen kommunales Eigentum privatisieren.

Ich möchte das nicht. Ich sehe auch, dass Herr Eigendorf das nicht möchte. Ich weiß auch, dass Sie das nicht möchten, Herr Meerheim. Aber dann müssen wir natürlich so konsequent sein und sagen, wenn wir das nicht wollen, dann müssen wir da oben Druck machen, dass die Grenzen endlich geschlossen werden, dass die Rückführungen jetzt beginnen und das Sie vor allen Dingen, ich meine natürlich auch jetzt die Grünen jetzt, sind ja gerade nicht angesprochen, gucken schön gelangweilt, das die Grünen möglichst nicht mehr die Erklärung von sicheren Herkunftsstaaten in Nordafrika blockieren. Das alles, das gehört zusammen. Und wenn Sie das nicht verstehen, dann muss ich ganz ehrlich sagen, dann sind Sie wahrscheinlich bei der TOOH besser aufgehoben, als als Vorsitzender des Finanzausschusses.

Herr Lange

Herr Wolter.

Herr Wolter

So. Na ja. Sehr geehrter Herr Raue, auch wenn Sie Personen ansprechen, ist es ja eine Frage, ob Sie sie auch überhaupt verstehen. Und es hilft nichts sozusagen, wenn Sie Herrn Dr. Meerheim ansprechen, aber anscheinend, also es ist für mich wirklich eine Frage, wenn Sie sozusagen Bezüge herstellen jetzt, zwischen dem Antrag der SPD und bestimmter Phobien, die Sie sozusagen, entweder selbst auch erleben, was ich bedauere oder Ängsten, die Sie sozusagen vielleicht auch gar nicht selbst haben, aber innerhalb der

Stadtgesellschaft sehen. Ich kann das nicht in Beziehung setzen. Hier geht es um eine Sorge von der SPD, um Verkauf von kommunalen Unternehmen, die für die SPD und für alle Mitglieder im Stadtrat und das hat Herr Dr. Meerheim ausgeführt, absolut existenziell wichtig und in keiner Art und Weise infrage stehen. Und auch, darauf hat ja auch der Oberbürgermeister reagiert, liebe SPD. Letztendlich gibt es diese Frage nicht. Und das habe ich auch erlebt, auch als unsere kleine Fraktion kriegt man so eine Anfrage dann von Geschäftsführern: Was ist denn los? Was gibt es denn? Was läuft denn bei euch hinter den Türen? Also eine gewisse Unruhe ist jetzt entstanden durch den Antrag. Da würde ich dann auch begrüßen, wir können den auch so beschließen. Wir können ihn auch konkretisieren und ich glaube, das ist notwendig jetzt, weil er jetzt erstmal von Ihnen hier auf das Tablet gebracht wurde. Den kann man aber eigentlich auch nicht wirklich seriös beschließen, in der Form wie Sie ihn jetzt hier vorgebracht haben, weil es gibt ja manche böartige Menschen, die unterstellen Ihnen, das Sie im Rahmen der Konsolidierungsmaßnahmen auf den Verkauf verzichten wollen, aber sonst eventuell ja. Verstehen Sie mich?

Also dort steht jetzt sozusagen der Bezug so eindeutig da, dass Sie sagen, also, wenn wir Konsolidierungsmaßnahmen vorhaben, dann wollen wir es nicht verkaufen, aber wir sind grundsätzlich. Ich finde, grundsätzlich sind wir als Stadtrat in den letzten Jahren bei allen Entscheidungen immer so angetreten, dass wir gesagt haben, wir haben eine Struktur und wir haben Unternehmen und dafür würde ich sozusagen schon auch nochmal ein Gesprächsbedarf in dem Fachausschuss haben und nicht nur im Hauptausschuss. Deswegen verweise ich den Antrag auch in den Finanzausschuss, im Namen meiner Fraktion. Weil es vor allen Dingen darum geht, Ihren Antrag auch nochmal zu konkretisieren und zu sagen, okay, das sind die Unternehmen und was betrifft eigentlich die Entscheidung, die wir ja auch, mit den wir auch in den letzten Jahren konfrontiert waren, Herr Dr. Meerheim weiß das auch, dass wir bestimmte Anteile natürlich veräußert haben. Natürlich gab es Veräußerungen von Unternehmensanteilen, wo wir sozusagen innerhalb unserer Töchter Anteile sozusagen verschoben oder aufgegeben haben. Und das ist sozusagen jetzt hier in einer gewissen Form, wo ich sage, man muss dann einfach sozusagen fragen, meinen Sie das jetzt auch, dass wir grundsätzlich keine Verkäufe mehr auf strategischer Art machen wollen?

Und deswegen würde ich das gerne nochmal diskutieren und das konkretisieren: Welche Unternehmen? Meinen Sie da auch konkrete Anteile? Bis zu welchem Prozentsatz? Bei unseren ganzen Beteiligungen, sind Sie da mit dabei? Also, da müsste man schon nochmal eine Klarstellung machen, weil Sie haben das ja nur sozusagen jetzt erstmal allgemein gefasst.

Herr Lange

So, jetzt. Hat die CDU schon? Herr Doege.

Herr Doege

Ja, meine Damen und Herren. Also, für mich ist der Antrag, so wie er formuliert ist, überhaupt nicht abstimmungsfähig gegenwärtig. Wenn ich die letzten vier Worte dort sehe, „nicht weiter zu verfolgen“, impliziert das, dass es bereits Entscheidungen, Überlegungen oder wie auch immer gibt, in diese Richtung zu marschieren. Der Antrag enthält in der Begründung auch nicht nur ein Indiz, dass es solche Bestrebungen überhaupt gibt. Das heißt, also umgangssprachlich würde man sagen hier ist eine Nebelkerze gezündet worden. Das klingt nicht freundlich, aber so macht, diesen Eindruck macht der Antrag auf mich. Und deshalb würde ich wirklich, kann ich diesem Verweisungsantrag nur zustimmen, auch dem von Herrn Wolter, weil das einfach nur auch vernünftig ist, das man sich da nochmal verständigt. Und ich muss auch sagen, man weiß nie wie das Leben spielt. Einen solchen Vorratsbeschluss zu fassen, quasi, das wäre ja, das hieße ja vorzuschauen, wie sieht es denn in 10 Jahre aus. Herrschaftszeiten. Man muss doch wirklich mal die berühmte Kirche im Dorf lassen. Entscheidend ist doch, wenn die Überlegung für den Schuldenabbau im

Rahmen des Konsolidierungsprogramms anlaufen, das man sich dann so positionieren kann, das ist doch dann eine ganz andere Situation, als es jetzt der Fall ist. Also, ich muss wirklich sagen, hier besteht aus meiner Sicht noch ernsthafter und umfangreicher Gesprächsbedarf.

Herr Lange

So, der Antrag ist verwiesen und damit sind weitere Wortmeldungen aus Fraktionen, die schon gesprochen haben, nicht möglich. Allerdings ist Herr Dr. Meerheim nochmal direkt angesprochen worden, aber er müsste jetzt auch nicht, wenn er nicht will. Aber er will nochmal reagieren.

Herr Dr. Meerheim

Ja, uns ist ja quasi unterstellt worden, dass wir aus bestimmten Gründen nicht handlungsfähig sind. Ich glaube, Herr Raue, ich spreche Sie trotzdem an, auch wenn Sie da möglicherweise dann nochmal das Rederecht haben. Aber ein für alle Mal: Ihre Menschenfeindlichkeit, die Sie bei jeden Tagesordnungspunkt hier zum Tragen zu bringen versuchen, das ist einfach nur abstoßend, zum Ersten.

Zum Zweiten, Sie verwechseln offensichtlich und haben noch nie was davon gehört, dass es so eine dialektische Beziehung gibt, Ursache und Wirkung. Oder haben Sie erlebt, dass vor dem Jahre 2014 sich die Situation der Kommunen in diesem Land anders darstellt, als heute? Was die Ausstattung mit ausreichend, notwendigen finanziellen Mitteln, für die Aufgaben, die die Kommune hier, wie die Stadt Halle vor Ort zu erfüllen hat. Hat sich da irgendetwas geändert, an dem tun? Sind daran diejenigen, die zu uns gekommen sind, weil sie aus Kriegsgebieten gekommen sind, schuld, dass sich die Situation nicht geändert hat? Hat sich für einen einzigen Hartz-4-Empfänger, die Situation dadurch verschlechtert oder verbessert gegenüber 2014 und heute? Nennen Sie mir eine und hören Sie endlich auf.

Herr Lange

Herr Raue.

Herr Raue

Herr Dr. Meerheim. Also, Herr Dr. Meerheim. Jetzt mal, nochmal ganz persönlich, ich möchte mir hier von Ihnen nicht Menschenfeindlichkeit vorwerfen lassen, das bin ich nicht. Ich achte alle Menschen, egal welcher Hautfarbe. Ich bin kein Rassist. Ich habe jedoch ein Ziel und das ist, die Zukunft unserer Kinder, unser aller Kinder zu sichern. Das ist mein wesentliches Ziel.

Und es gibt ja diese Aufteilung von Ethik in Gesinnungsethik, aus meiner Sicht sind Sie ein Gesinnungsethiker, und in Verantwortungsethik und dort verorte ich mich. Und ich will das auch gar nicht weiter ausführen. Ich will mal noch sagen, Sie kennen bestimmt den Spruch: Bedenke die Folgen deines Handelns. Das haben Sie nicht bedacht. Das hat die SPD nicht bedacht und leider hat es die CDU auch nicht bedacht. Weil die trägt ja die Hauptschuld für die Grenzöffnung, aber wie auch immer. Es gibt zahlreiche Literatur, ich will es gar nicht ausführen. Es gibt zahlreiche Literatur darüber, die den ganzen Hergang schildert. Fakt ist eins, Herr Dr. Meerheim, eine ganz kleine Matheaufgabe, müssen Sie mir auch jetzt nicht hier beantworten, ja, aber stellen Sie sich vor, Sie hätten 50 Milliarden Euro und Sie könnten was damit anstellen, die nicht bereits verplant gewesen wären. Meinen Sie denn nicht, das diese 50 Milliarden Euro dazu geführt hätten, das deutsche Hartz-4-Bezieher oder das unser öffentliches Nahverkehrssystem oder was weiß ich, allgemein Steuerentlastungen dabei am Ende herausgesprungen wären? Ich denke schon.

Wenn Sie denken, 50 Milliarden mehr oder weniger sind uns egal, ja dann brauchen Sie eigentlich jetzt auch für diesen Antrag von der SPD, die Hand nicht zu heben, weil die Stadt Halle, der fehlen eigentlich 300 Millionen. Uns fehlen ja keine 50 Milliarden, aber wenn Sie selbst der Meinung sind, 50 Milliarden brauchen wir nicht, die können wir anderen Leuten,

die hier herkommen, den wir lesen und schreiben beibringen müssen, die unsere Frauen, unsere Kinder auf der Straße teilweise bedrohen, der öffentliche Raum nicht mehr zu allen Zeiten und in bald allen Teilen der Stadt begehbar ist, wenn wir diese Verluste in Kauf nehmen müssen. Und Sie sagen: Ja, allen voran. Ich, Herr Dr. Meerheim, finde genau das richtig. Ich teile es nicht Herr Doktor.

Herr Lange

Herr Raue, ich weise darauf hin, dass es keine Gruppe verdient hat, über einen Kamm geschoren zu werden. Und ich erwarte von Ihnen eine vernünftige Diskussionskultur und auch Argumente, die wirklich und echt sind. Und nicht ein Deformieren von Gruppen, die Ihnen vielleicht nicht so in den Kram passen. Soweit. So. Der Antrag ist verwiesen und damit beende ich jetzt die Diskussion.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

*durch Geschäftsordnungsantrag
des Oberbürgermeisters
in den
Hauptausschuss
und
durch Geschäftsordnungsantrag
der Fraktion MitBürger
in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften*

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister im Rahmen der Erstellung des Konzeptes zur Konsolidierung des städtischen Haushalts Optionen, die den vollständigen oder anteiligen Verkauf von kommunalen Unternehmen zum Gegenstand haben, die für die öffentliche Daseinsvorsorge, die soziale Sicherung und die strategische Entwicklung von Bedeutung sind, nicht weiter zu verfolgen.

**zu 9.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Kommunalen Investitionsimpuls
Vorlage: VI/2019/04889**

Frau Dr. Brock führte in den Antrag ein und verwies den Antrag in den Finanzausschuss.

Herr Geier erläutert die Stellungnahme der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

*durch Geschäftsordnungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften*

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

*durch Geschäftsordnungsantrag
des Oberbürgermeisters
in den
Hauptausschuss*

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Einführung eines gemeinsamen Bewerbermanagement mit der Stadtwerke Halle GmbH zu prüfen. Innerhalb der datenschutzrechtlichen Rahmenbedingungen sollten folgenden Rahmenbedingungen gesichert werden:

- Nicht eingestellte Bewerber*innen vergangener Verfahren können bei Vorliegen einer passenden Stelle kontaktiert werden (Matching),
- Abgleich, ob bei anderen Ämtern, Eigenbetrieben und Beteiligungen der Stadt Halle (Saale) geeignete Bewerber*innen für offene Stellen verfügbar sind,
- Initiativbewerbungen (Hinterlegen eines Profils mit Qualifikationen) sollen möglich sein

zu 9.8 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle zur Initiativbewerbung für die Ansiedlung der „Agentur für Disruptive Innovationen in der Cybersicherheit“ am Standort Halle (Saale) Vorlage: VI/2019/04881

- Auf Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Herr Lange

Wir haben dann den Punkte 9.8 – Cybersicherheitszentrum AfD-Fraktion. Dazu kann gesprochen werden. Ich sehe Herrn Raue als Wortmeldung, bitte. Bitte, Herr Raue.

Herr Raue

Schüchtern wie ich bin, stürme ich natürlich nicht gleich zum Mikro. Ja, wir haben die Antwort der Verwaltung auf unseren Antrag zur Kenntnis genommen. Und Ziel ist es ja gewesen, eine Initiativbewerbung zu der von der Bundeswehr geplanten, zu dem von der Bundeswehr geplanten Zentrum für Cybersicherheit oder Agentur für Cybersicherheit, in Deutschland sollte der damals noch, war es noch nicht klar, wo er hin verlegt wird.

Uns war es wichtig, dass der Standort nach Halle kommt. In diesem Zuge haben wir diese Initiativbewerbung gern aufgenommen, wo sich der Stadtrat einerseits uneingeschränkt zur Bundeswehr bekennt. Im Prinzip als Resolutions- oder als Willkommensausdruck. Und wir haben dann aber die Mitteilung der Verwaltung gelesen, dass da schon entsprechender Briefwechsel stattgefunden hat. Ich hoffe, dass Sie der Bundeswehr nicht nur mitgeteilt haben, dass wir grundsätzlich hier und da vielleicht eine Immobilien frei hätten, sondern dass Sie das, ich gehe mal davon aus, dass der Oberbürgermeister das auch so gemacht hat, so mit dieser Intention, die wir hier auch verfolgen, dass die Bundeswehr also wirklich willkommen ist und das er Sie zu uns in die Stadt eingeladen hat, hier ihren neuen Standort zu eröffnen. Es geht da quasi gar nicht um einen Standort für pure Soldaten, wie sich das manch einer vielleicht vorstellt. Es geht hier hauptsächlich um einen Standort, an dem Forschung und Entwicklung betrieben werden soll, insbesondere im Bereich der

Websicherheit, Cybersicherheit. Das ist natürlich eine, das wäre für uns in Halle eine echte Zukunftschance und auch eine Zukunftsinvestition seitens der Bundeswehr, wenn es zu uns käme, denn das bringt mit sich quasi die Kompetenzbeherrschung in dieser Schlüsselindustrie oder in dieser Schlüsselkompetenz zu beherrschen, was diese Sicherheit und diese Steuerung im Netz, diese Abschirmung kritischer Infrastruktur und der gleichen alles mit sich bringt.

Ich denke, um ein solches Zentrum wird sich mindestens eine Gründerszene etablieren. Es geht quasi seitens der Bundeswehr um erstmalige Direktinvestitionen in Höhe von ungefähr 200 Millionen Euro. Und wie ich informiert bin, um folgejährliche, ein Folgebudget von 100 Millionen Euro. Das ist also für uns als Stadt Halle schon ganz essentiell. Bisher ist es häufig zu gewesen, dass wir in Wettbewerben quasi mit Leipzig, die im Prinzip genauso wie wir um diese Agentur konkurrieren mit uns gemeinsam, haben wir natürlich schon viele Wettbewerbe gegenüber Leipzig verloren. Ich habe das ja in meinem Antrag geschrieben, Sie konnten es alle lesen. Deswegen haben wir uns überlegt, die Aufforderung an die Stadtverwaltung hier herauszustreichen, einen Änderungsantrag zu formulieren, der es im Prinzip rein bei einer Resolution lässt. Der müsste Ihnen eigentlich allen vorliegen und ich sehe ihn auch hier angeschrieben, sodass es am Ende heißt:

Der Stadtrat der Stadt Halle bekennt sich uneingeschränkt zu einer demokratisch verwurzelten, umfassend und modern ausgestatteten Bundeswehr als zentralem Element der Sicherheitsarchitektur Deutschlands und Europas und erklärt seinen Wunsch, 12 Jahre nach Schließung der Dorothea von Erleben-Kaserne wieder Partner und Standort der Bundeswehr zu werden. Der Stadtrat bekräftigt mit dieser Resolution seinen ausdrücklichen Willen das Vorhaben der Ansiedlung der „Agentur für Disruptive Innovationen in der Cybersicherheit“, kurz „Agentur für Cybersicherheit“ in der Stadt Halle vorbehaltlos zu unterstützen.

Das ist im Prinzip der Antrag. Eine Resolution, die Bundeswehr einzuladen, zu uns zu kommen. Sie hat, sie fühlt sich manchmal oder es gibt das Gefühl von vielen Soldaten, das sie in der Gesellschaft gar nicht so willkommen sind. Man nimmt sie einfach nur so zur Kenntnis und man wertschätzt sie nicht. Ich denke, wir sollten das von Halle aus tun. Unsere Chancen im Wettbewerb mit Leipzig sind wahrscheinlich gar nicht so gut, wie Herr Dr. Wiegand das hofft. Weil Leipzig hat einfach die größere Universität, das ist einfach eine viel größere Stadt als Halle, hat auch den Heldenstadtmythos. Ich denke, wir sollten da als Stadt noch ein bisschen nachlegen. Ich weiß nicht, ob der Stadtrat in Leipzig so weit geht eine Resolution zu verfassen. Das was ich aber aktuell weiß ist und das hat mir der Wirtschaftsminister Willingmann vor einigen Tagen gesagt, also es gibt noch keine Entscheidung, wohin es genau geht. Es kann auch an die Landesgrenze gehen, es kann auch irgendwie aufgeteilt werden, sodass im Prinzip nicht ein komplexer Standort irgendwo in einer Stadt steht. Aber wir wollen ihn ja gerne in Halle haben. Das ist unser Ziel. Das wünsche ich mir. Das wünsche ich mir für die Stadt, in Anknüpfung an Technologie und Forschung und insofern rufe ich sie alle auf, das ist ein sehr un-ideologischer Antrag. Ich würde mich freuen, wenn der Stadtrat diesen Antrag in seiner Gesamtheit unterstützt und damit hoffe ich auch, dass die Chancen für die Ansiedlung bei uns in Halle steigen. Vielen Dank meine Damen und Herren.

Herr Lange

Gut, dann hat der Oberbürgermeister einen Geschäftsordnungsantrag.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja, ich würde ganz gerne den Geschäftsordnungsantrag auf Erledigung stellen. Das Grundanliegen wird bereits seit Wochen und Monaten von einer Vielzahl von Bundestagsabgeordneten, Landtagsabgeordneten auch verfolgt, auch von meiner Person. Von daher ist das Verfahren auch im Laufen und ich stelle den Geschäftsordnungsantrag auf

Erledigung.

Herr Lange

Gut. Gibt es Wortmeldungen zum Geschäftsordnungsantrag? Aber nur zum Geschäftsordnungsantrag Herr Raue.

Herr Raue

Natürlich, es geht mir hier aber um das Signal und deswegen bitte ich diesem Geschäftsordnungsantrag nicht zu folgen. Wir können das gerne noch diskutieren, das Thema. Aber mir geht es um das Signal an die Bundeswehr, an die Führung der Bundeswehr. Wir wollen die hier in Halle haben und nur weil es bereits Gespräche gibt, das kann am Ende nicht reichen. Am Ende geht es nach Leipzig und wir hätten vielleicht noch mal aufsatteln können. Ein Signal, eine Resolution eines Stadtrates hat nur politisches Gewicht aber es wird bestimmt zur Kenntnis genommen und mir ist es sehr wichtig, dass wir hier diese Abstimmung durchführen und diesen Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters in diesem Fall jetzt zurückweisen.

Herr Lange

Gut. So. Der Geschäftsordnungsantrag ist gestellt. Wer dem Geschäftsordnungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen? Die Stimmenenthaltungen? Das ist das bei vier Gegenstimmen so angenommen und der Antrag für erledigt erklärt.

- Ende Wortprotokoll -

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bekennt sich uneingeschränkt zu einer demokratisch verwurzelten, umfassend und modern ausgestatteten Bundeswehr als zentralem Element der Sicherheitsarchitektur Deutschlands und Europas und erklärt seinen Wunsch, 12 Jahre nach Schließung der Dorothea von Erxleben-Kaserne wieder Partner und Standort der Bundeswehr zu werden.

Der Stadtrat ~~fordert die Stadtverwaltung auf, eine mit qualifizierten Argumenten untersetzte Initiativbewerbung beim Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat sowie beim Bundesministerium der Verteidigung für die~~ **bekräftigt mit dieser Resolution seinen ausdrücklichen Willen das Vorhaben der** Ansiedlung der „Agentur für Disruptive Innovationen in der Cybersicherheit“, kurz „Agentur für Cybersicherheit“ in der Stadt Halle ~~einzureichen~~ **vorbehaltlos zu unterstützen.**

Der Stadtrat soll fortlaufend über den Stand der Bewerbung informiert werden.

zu 9.9 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle zur Unterstützung des Fördervereins der 2. IGS Halle unter Mitwirkung der Schule und Schulvertretern bei der Planung, Umsetzung und feierlichen Einweihung eines Bolzplatzes mit Fußballtoren
Vorlage: VI/2019/04887

- Auf Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Herr Lange

Ich komme zum Punkt 9.9. Bevor ich dem Einbringer das Wort erteile, wurde ich gebeten, zwei Stellungnahmen zu verlesen. Das werde ich jetzt tun. Also, die erste Stellungnahme ist von der Schulleitung, dem Elternsprecher und dem Förderverein.

Sehr geehrter Herr Lange, in Ihrer Funktion als Stadtratsvorsitzender bitten wir Sie, folgende Stellungnahme im Namen des Fördervereins, Elternrates, der Schulleitung und der Lehrerschaft der 2. IGS in der Stadtratssitzung zu verlesen. Hier geht es also um den genannten Antrag.

Sehr geehrte Damen und Herren, dieser Antrag wurde ohne Wissen des Vorstandes des Fördervereins, des Elternrates und der Schulleitung und Lehrerschaft der 2. IGS geschrieben und wir möchten uns in aller Form davon distanzieren. Wir haben in den letzten Jahren sehr viel Unterstützung von den Stadträten und politischen Parteien erfahren und für diese vertrauensvolle Zusammenarbeit sind wir dankbar. Die AfD war nie Bestandteil dieser Zusammenarbeit. Wir sind eine Schule, die stolz darauf ist den Titel „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ zu tragen. Damit verbunden ist ein Wertesystem und Menschenbild, dass für Vielfalt, Toleranz und Gleichberechtigung im zwischenmenschlichen und gesellschaftlichen Miteinander steht. Daraufhin erziehen und bilden wir unsere Schüler und so wollen wir in der Öffentlichkeit auch uneingeschränkt wahrgenommen werden.

Das war also jetzt die Stellungnahme der gesamten Schule. Auch die Schulelternsprecher haben mich gebeten auch noch mal eine Stellungnahme zu verlesen.

Die Schulelternsprecher der 2. IGS, der Förderverein der 2. IGS und die Lehrerschaft der Schule möchte eine Erklärung zu dem Antrag abgeben. Dieser Antrag wurde ohne Wissen der Elternvertretung, des Fördervereins erstellt. Wir sind sehr verwundert, wie die AfD auf die Idee kommt, einen solchen Antrag zu stellen. So löblich es ist unser Anliegen zu unterstützen einen Bolzplatz für unsere Schule zu schaffen, so wundern wir uns, warum die AfD sich urplötzlich mit solch einem Antrag an die Spitze unserer Unterstützer katapultieren will. Wir haben in den letzten Jahren sehr viel Unterstützung von Stadträten, politischen Parteien und von Sponsoren erfahren, für die wir uns hiermit noch einmal recht herzlich bedanken möchten. Die AfD war allerdings nie dabei. Wir befürchten, dass wir als Eltern, als Förderverein und als Lehrerschaft mit diesem Antrag politisch instrumentalisiert werden. Dagegen verwehren wir uns. Wir sind kein Feigenblatt für die politische Richtung, die dem humanistischen Charakter unserer Schule zu wider läuft. Uns in der 2. IGS wird auch niemand vorschreiben, wie wir die Einweihung des Bolzplatzes begehen werden. Ob mit Grillwürstchen oder Fotostrecke. Die Elternschaft achtet sehr darauf, dass demokratische Prozesse in unserer Stadt und im Allgemeinen durch die Schule vermittelt werden. Die Lehrerschaft leistet hier eine hervorragende Arbeit. Wir wissen nicht, wie die AfD darauf kommt, dass wir an unserer Schule Nachholbedarf haben. Wir, die Elternschaft, bitten aus den genannten Gründen den Antrag der AfD abzulehnen. Das ist von den Schulelternsprechern, dem Vorstand des Fördervereins der 2. IGS.

Das vorausgesetzt, da wurde ich darum gebeten, das so vorzulesen, rufe ich jetzt den Antrag auf und nehme an, Herr Raue wird jetzt zum Antrag sprechen wollen. Oder wer?

Herr Raue

Gut, unsere Intention war natürlich hauptsächlich, dass es nun zu diesem Bolzplatz der 2. IGS kommt. Wir haben da tatsächlich gar keine parteipolitischen Ambitionen gehabt. Wenngleich sich das aus den Stellungnahmen, also ich bedauere das, das die, sowohl die Schulleiterschaft als auch das Kollegium an der Schule uns da solche Ambitionen jetzt unterstellt. Für uns ist es eigentlich wichtig, dass unsere Kinder einfach eine tolle Umgebung haben, wo sie lernen und spielen können. Das dieser Antrag von Ihnen Herr Lange natürlich jetzt so genüsslich, Entschuldigung, nicht dieser Antrag, dass diese Briefe jetzt von Ihnen so genüsslich vorgelesen wurden, das ist ja eigentlich schon eher das, was die Eltern nicht erreichen wollten, das im Prinzip hier irgendwas politisiert wird und instrumentalisiert wird. Uns lag das tatsächlich überhaupt nicht nahe sowas zu tun. Das wollen wir auch nicht. Wir stehen für unsere Kinder ein. Wir stehen auch für unsere Schulen ein. Wir wollen dieses Demokratieerlebnis, was ja im Prinzip genau hier jetzt im Antrag beschrieben ist. Dieses Erstellen dieses Bolzplatzes, diese Vermittlung, wie das im Prinzip, also diese Vermittlung an die Kinder, wie im Prinzip da auch eine Diskussion, eine Auftragsvergabe, eine Ausschreibung. So was läuft. Das kann alles interessant sein. Das bildet die Kinder. Und, wenn natürlich die Schule insgesamt dazu kommt, sie möchte mit uns da jetzt nicht in Kooperation treten, aber mit Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, dann im Gespräch ist, dann ist das natürlich genau das, was Sie mit solchen Anträgen erreichen, wie wir vorhin beschlossen haben - diese Demokratie in die Quartiere tragen, ja. Das ist dann so eine Stigmatisierung, mit denen wollen wir nicht, igitt. Aber wir haben natürlich nur positives im Sinn. Dabei bleiben wir auch. Es tut uns sehr leid, dass die Schule sich und die Eltern sich da jetzt vor irgendeinen politischen Karren spannen gesehen haben. Wir können natürlich das AfD im Antrag nicht streichen aber es ist uns natürlich trotzdem wichtig, dass die Kinder da zu diesem Bolzplatz kommen und schöne Schulerlebnisse haben. Vielen Dank meine Damen und Herren.

Herr Lange

So, okay. Ich muss noch zurückweisen, dass ich das genüsslich verlesen habe. Ich habe das im Auftrag verlesen und das in aller Nüchternheit. So, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Das sind drei Personen. Wer stimmt dagegen? Das ist der Rest des Stadtrates. Die Enthaltungen. Damit ist das ohne Enthaltungen mit 3 Ja-Stimmen so abgelehnt.

- Ende Wortprotokoll-

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Förderverein der 2. IGS unter Einbeziehung der Schule und/oder Schulvertretern bei der Planung, der Umsetzung und feierlichen Einweihung eines Bolzplatzes mit Fußballtoren am neuen Standort, Ingolstädter Straße 33, 06128 Halle, mit Termin Beginn des neuen Schuljahres 2019/2020 zu unterstützen.

1. Die Verwaltung sucht dazu mit o.g. Beteiligten einen geeigneten Standort auf dem Schulgelände und stimmt diesen mit den Beteiligten ab.
2. Die Stadtverwaltung plant die notwendige Bauleistung, veranlasst, betreut und überwacht diese.

3. Die Stadtverwaltung bittet den Förderverein der 2. IGS eine Bild-Dokumentation über den gesamten Fortschritt des Projekts zu erstellen. Sie unterstützt dabei und hilft ggf. mit eigenen Ressourcen.
4. Die zu erstellende Bilddokumentation soll das Engagement aller Beteiligten aufzeigen und würdigen. Von der Suche nach Spendern, der Beschlussfassung im Stadtrat, der Freigabe der Spenden, der Übergabe an die Schule bis hin zur Planung und der Umsetzung vor Ort soll alles dokumentiert werden. Höhepunkt soll dann eine feierliche Einweihung vor Ort sein, wozu sowohl Schüler, Eltern, Lehrer als auch interessierte Einwohner der Stadt Halle eingeladen werden. Ziel soll hier sein, den Schülerinnen und Schülern die demokratischen Prozesse auf der kommunalen Ebene und deren Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten auf die Stadt näherzubringen und damit einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Demokratie im Quartier zu leisten.
5. Die feierliche Einweihung soll aus Mitteln der Demokratieförderung bereitgestellt werden. Dazu soll der Förderverein der 2. IGS bei der Beantragung dieser Mittel unterstützt werden.
6. Zur feierlichen Einweihung soll ebenfalls ein ansprechendes Konzept erstellt und unterstützt werden, denkbar wäre z.B. ein kleines Fußballturnier mit Grillständen, Musik und Getränken etc. zu organisieren, bevorzugt an einem Sonnabend. Eingeladen sollen neben Schülern, Eltern und Lehrern auch interessierte Einwohner und natürlich die Spender und Helfer sein. Die Einweihung soll also in einem gewissen öffentlichen Rahmen erfolgen.

**zu 9.10 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle zur Beschaffung von Dokumentenprüfgeräten für die Bürgerservicestellen
Vorlage: VI/2019/04888**

- Auf Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Herr Lange

Dann kommen wir zum Antrag der AfD Fraktion zu den Dokumentenprüfgeräten. Hierzu kann gesprochen werden. Herr Raue bitte.

Herr Raue

Also, dass unsere Bürger auch wissen, wozu es hier geht, möchte ich mal ganz kurz einen Teil von unserem Antragstext, von unserer Begründung lesen. Also, Ziel ist es ja, die Stadt aufzufordern, Dokumentenprüfgeräte für die Bürgerservicestellen am Markt und am Stadion 6 zu beschaffen, um Ausweise und Identitäten rechtssicher, schlüssig zu überprüfen und vor allem schnell, effizient zu überprüfen. Und jegliche Fälschung und dergleichen, und alles, was damit verbunden ist, irgendwie aufzudecken. Und da im Prinzip ziemlich schnell und ziemlich sicher handeln zu können. Diese Dokumentenprüfgeräte, die gibt es bei uns in der Stadt nicht, wenngleich sie von der Bundesdruckerei unbedingt empfohlen werden und in vielen Städten und Kommunen auch eingesetzt werden. Im Übrigen in Berlin. Die Stadt hat sich jetzt auch entschlossen, diese Dokumentenprüfgeräte einzuführen. Überall da, wo sie eingeführt wurden, sind natürlich die aufgedeckten Fälle von Passfälschungen und dergleichen rapide in die Höhe gegangen. Das hat dann auch zu einer Vergrämung im Prinzip der Leute geführt, die mit gefälschten Pässen unterwegs sind, um sich Sozialleistungen erschleichen. Und letztendlich gibt es in Deutschland noch relativ viele Kommunen, die diese Dokumentenprüfgeräte nicht haben. Viele befinden sich in Sachsen-

Anhalt. Die Stadt Halle ist eine davon. Und deswegen, das hat uns dazu verleitet, diesen Antrag auf Einführung dieser Dokumentenprüfgeräte zu stellen. Und wir begründen das im Prinzip wie folgt:

Wie man Berichten im öffentlichen TV entnehmen konnte, blüht, besonders in Griechenland, Rumänien und Bulgarien, der Handel mit gefälschten Pässen. Insbesondere beschaffen sich hier Nicht-EU-Bürger falsche Identitäten. Diese berechtigen die Besitzer zur Teilhabe an den vier Grundfreiheiten innerhalb der Europäischen Union. Sie sind somit der entscheidende Schlüssel zu hiesiger Wohnsitznahme und unbegrenztem, dauerhaftem Zugang zu deutschen Sozialleistungen, welche auch die Hauptmotivation der internationalen illegalen Migration nach Deutschland ist. Die Stadt Halle hat die Aufgabe, ihr übertragene, hart erarbeitete Steuermittel der Bürger verantwortungsbewusst und zweckbestimmt im Sinne unserer Bürger einzusetzen, sowie Erschleichung, Missbrauch und Fehlleitung zu verhindern. Ihr obliegt die gründliche Prüfung der individuellen Berechtigung und somit der Ausweisdokumente, welche eine solche Berechtigung überhaupt erst begründen. Die Bereitschaft zur nationalen Solidarität kann nur dann erhalten werden, wenn sichergestellt ist, dass nicht internationale kriminelle Schlepperorganisationen mit Hilfe gefälschter Identitäten die deutschen sozialen Sicherungssysteme anzapfen und somit die Aufwendungen der Allgemeinheit für die Erwirtschaftung und Bereitstellung der Sozialleistungen zur Versorgung Unberechtigter erhöhen. Nachdem das rechtsstaatliche Vertrauen der Bürger in ihre Behörden seit den großen Fehlentscheidungen in der Asylkrise gesunken ist, muss es nun durch konsequentes behördliches Handeln wieder gestärkt werden. Das Bestehen und die Leistungsfähigkeit eines gerechten sozialen Absicherungssystems als bürgerlichem Hauptinteresse, gilt es zu sichern und vor der Auszehrung durch Unbefugte abzusichern.

Und daraufhin antwortet mir unser Herr Oberbürgermeister: Das ist keine Zuständigkeit des Stadtrates. Das möchte ich Ihm auch gerne abnehmen. Aber, die Begründung ist einfach schlichtweg nicht zutreffend, die Sie hier mit § 6 auf das Kommunalverfassungsgesetz abschieben oder abstellen. Da steht nämlich: Die Kommune stellt die Dienstkräfte und Einrichtungen zur Verfügung, die für die Erfüllung der Aufgaben des übertragenen Wirkungsbereiches erforderlich sind. Hier fließen die für die Aufgaben verbundenen Einnahmen zu.

Das besagt eigentlich nur, dass der Auftrag bei uns liegt. Wie wir den ausführen, das obliegt unserer eigenen Auffassung und unserem eigenen Verständnis. Es geht hier aber darum, Rechtssicherheit zu schaffen. Nicht berechtigte Leute dürfen bei uns den Zugang zu Sozialleistungen nicht bekommen. Die Grundlage dafür sind häufig gefälschte EU-Pässe. Und wenn es dazu kommt, dass wir ein solches System anschaffen für vielleicht 2000 Euro, mehr kosten die ja nicht und einsetzen und nur eine Person rausgreifen und damit jährlich 10 oder bis 20 Tausend Euro an Sozialleistungen für eine unberechtigte Person einsparen, dann sind das auf 50 Jahre hochgerechnet, eine halbe Million Euro. Ich denke, Herr Oberbürgermeister, es liegt in Ihrer Verantwortung hier zu handeln. Und der Stadtrat hat wiederum seine Verantwortung wahr zu nehmen, Sie hier aufzufordern, zu handeln. Wir brauchen diese Geräte. Wir müssen diese Rechtstaatlichkeit jetzt hier praktizieren. Und für mich wäre es unverständlich, wenn der Stadtrat heute diesem Ansinnen nicht folgt, denn die Begründung des Oberbürgermeisters in der Zuständigkeit, die sehe ich hier tatsächlich nicht. Und wenn er zuständig sein will, dann muss er handeln. Und, wenn Herr Oberbürgermeister, wenn Sie hier nicht handeln, dann nehmen sie Ihre Verantwortung nicht wahr. Die Verantwortung der Ihnen übertragenden Mittel sinnvoll und im Sinne der Bürger ...

Herr Lange

Gut. Herr Raue, Sie wissen, dass ich hier auf die Zeit achten muss.

Herr Raue

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

Herr Lange

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, dann lasse ich abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Das sind vier Ja-Stimmen. Die Gegenstimmen? Die Stimmenenthaltungen? Und damit ist das bei wenigen Stimmenenthaltungen, mit vier Ja-Stimmen, abgelehnt, mit einer Mehrheit an Nein-Stimmen.

- Ende Wortprotokoll -

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für Ihre Bürgerservicestellen, Marktplatz 1 und Am Stadion 6, jeweils ein Dokumentenprüfgerät beispielsweise das Visotec Expert von der Bundesdruckerei zur Prüfung von Pässen, Visa, Aufenthaltstiteln und Führerscheinen anzuschaffen.

Dabei ist vorab zu prüfen, ob ein Mietmodell oder der Kauf der Geräte wirtschaftlicher ist.

**zu 9.11 Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Besetzung von beratenden Ausschüssen durch sachkundige Einwohner
Vorlage: VI/2019/04936**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat stellt fest, dass gemäß §§ 41 Abs. 1 und 49 Abs. 3 KVG Kommunalverfassungsgesetzes LSA Herr Mark Lange als sachkundiger Einwohner aus dem [Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung](#) ausgeschieden ist.
2. Der Stadtrat beruft Herrn Clemens Richter als sachkundigen Einwohner in den [Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung](#).

zu 10 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

- zu 10.1 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Durchführung der elektronischen Abrechnung von Parkvorgängen auf öffentlichen Parkplätzen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04860**
-

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

- zu 10.2 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Schleuserkriminalität in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04840**
-

Herr Scholtyssek fragte nach dem Unterschied in der statistischen Erfassung der Eheschließungen und der Ehescheidungen. In der Antwort der Verwaltung erfolgt die Angabe der Eheschließungen von 2015 bis 2018, Ehescheidungen aber nur von 2015 bis 2017. Er fragte weiter, ob der Verwaltung bei den Zahlen etwas auffällt.

Herr Geier antwortete, den Jahresvergleich noch einmal zu prüfen. Bei der Betrachtung der Zahlen sei nichts auffällig.

- zu 10.3 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Verstoß gegen die Schulpflicht
Vorlage: VI/2019/04844**
-

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

- zu 10.4 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Prostitution in Wohnungen
Vorlage: VI/2019/04845**
-

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

- zu 10.5 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zum Neubau der 3-Feld-Sporthalle am Standort "Steg"
Vorlage: VI/2019/04858**
-

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

- zu 10.6 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Übertragung der Stadtratssitzung via Livestream
Vorlage: VI/2019/04859**
-

Herr Scholtyssek bat um Vorlage der entsprechenden Ausschreibung.

Herr Paulsen sagte, dass dies den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden kann.

**zu 10.7 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zu
Baumaßnahmen eines Lebensmittelvollversorgers in der Damaschkestraße
Vorlage: VI/2019/04841**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.8 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Abgrabungs-
und Aufschüttungsarbeiten an der sogenannten "Bodenkippe Ammendorf"
Vorlage: VI/2019/04857**

Herr Schied fragte, warum nicht die Variante geprüft wurde, das vorhandene Material von der Halde abzutragen, um so den Böschungswinkel zu ändern. Er fragte weiter, warum die landwirtschaftlichen Unternehmen nicht über die Maßnahme in ihrem Umfeld informiert worden sind. Zuletzt teilte er mit, im Rahmen der Akteneinsicht die schriftliche Anweisung zur Schließung der Altdeponie des Landesverwaltungsamtes, Referat 401 „Kreislauf- und Abfallwirtschaft, Bodenschutz“ einsehen zu wollen.

Herr Rebenstorf sagte, dass die angrenzenden Grundstückseigentümer über die Maßnahmen informiert worden sind. Die Frage der Prüfung einer weiteren Variante wird schriftlich beantwortet.

**zu 10.9 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur barrierefreien
Teilnahme an Wahlen
Vorlage: VI/2019/04864**

Frau Haupt fragte, ob auf den Wahlbenachrichtigungskarten entsprechend auf die Barrierefreiheit hingewiesen wird.

Herr Geier bejahte dies.

**zu 10.10 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umsetzung
eines Bürgervorschlages im Rahmen des Bürgerhaushaltes 2019
Vorlage: VI/2019/04863**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.11 Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE) zur
Lärmschutzwand an der B 80
Vorlage: VI/2019/04854**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.12 Anfrage der Stadträtin Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE) zum Arbeitskreis "Armut"
Vorlage: VI/2019/04856

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.13 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Anwendung des Vorkaufsrechts nach §§ 24 und 25 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: VI/2019/04870

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.14 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Stand von Planung und Bau des Gimritzer Damms
Vorlage: VI/2019/04871

Herr Eigendorf fragte, wann dem Stadtrat die Hochwasserschutzkonzeption vorgelegt wird.

Herr Rebenstorf sagte, dass dies voraussichtlich im November 2019 erfolgen wird.

zu 10.15 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Gelände der ehemaligen ORGACID GmbH in Halle-Ammendorf
Vorlage: VI/2019/04873

Herr Krause fragte, ob das Ergebnis der ausstehenden Untersuchungen vor der Kommunalwahl vorliegen wird.

Herr Rebenstorf bejahte dies.

zu 10.16 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Umsetzung des Wohnungspolitischen Konzeptes 2018 der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04876

Herr Senius kündigte an, zu Punkt 4 und 6 schriftliche Nachfragen einzureichen.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum aktuellen Stand der Fluthilfemaßnahmen im Bereich Peißnitz/Ziegelwiese
Vorlage: VI/2019/04865

Frau Dr. Brock fragte, warum Fuß- und Radwegeverbindungen erst so spät erneuert werden.

Herr Rebenstorf sagte, dass eine Reihe von Erneuerungen erfolgen müssen. Dies erfordert einen gewissen Zeitraum.

zu 10.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Vorschlägen zur Reduzierung von Plastikmüll auf Märkten und bei Veranstaltungen
Vorlage: VI/2019/04866

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Fluglärm im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2019/04867

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.20 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Bedingungen für Grundstücksverkäufe
Vorlage: VI/2019/04869

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.21 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Einsatz von Schülerlots*innen
Vorlage: VI/2019/04872

Frau Dr. Brock fragte, warum keine Maßnahmen eingeleitet worden sind, um dem Rückgang der Schülerlotsen entgegenzuwirken.

Frau Brederlow antwortete, dass zusammen mit der Verkehrswacht dahingehend agiert wird.

zu 10.22 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Gleichstellungsaktionsplan
Vorlage: VI/2019/04875

Frau Ranft fragte, warum der Stadtrat an der Entscheidung, den 2. Gleichstellungsaktionsplan zu verlängern, nicht beteiligt worden ist.

Herr Paulsen sagte, dass die Laufzeit verlängert werden musste, weil relevante Projekte durch die Träger nicht fertig gestellt werden konnten.

**zu 10.23 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen im
Waldbereich zwischen Straßenbahnhaltestelle Kröllwitz und dem
Universitätsklinikum Halle
Vorlage: VI/2019/04880**

Herr Helmich fragte zum Punkt 3, ob die Verwaltung eine nachprüfbare Aufstellung der mehr als 100 Hektar Waldfläche außerhalb der Forstgrundeinrichtung vorlegen kann. Zum Punkt 4 bat er um Erläuterung, wie die Verwaltung eine Aussage zu den Kapazitäten der Firmen treffen kann, wenn keine Ausschreibung erfolgt ist. Zum Punkt 8 fragte er, warum die Verwaltung nicht vor Ort über die Maßnahme informieren kann.

Herr Rebenstorf sagte, dass im Ordnungsausschuss bereits zur Verbesserung der Kommunikation informiert worden ist. Eine Ausschreibung entfiel, da sich die Verwaltung vorab bei den Firmen erkundigt hat und letztendlich nur eine Firma frei für Aufträge war. Er sagte zu, die erste Nachfrage schriftlich zu beantworten.

**zu 10.24 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Waldblößerverzeichnis
Vorlage: VI/2019/04884**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.25 Anfrage der Fraktion MitBürger zum Schutzstreifen für Radfahrer in der
Torstraße
Vorlage: VI/2019/04883**

Frau Winkler sagte, dass der Schutzstreifen für Radfahrer ein absolutes Halteverbot bedingt.

Frau Ernst sagte, dass die Verwaltung derzeit eine mögliche bauliche Veränderung prüft.

**zu 10.26 Anfrage der Fraktion MitBürger zum Umsetzungsstand des Masterplans E-
Government 2013-2020
Vorlage: VI/2019/04886**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.27 Anfrage der Stadträtin Dr. Regina Schöps (Fraktion MitBürger) zum
Umsetzungsstand der Anregung zur Verbesserung des Schutzes der
Bevölkerung vor kommunikationsinduzierter elektromagnetischer
Strahlung
Vorlage: VI/2019/04885**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.28 Anfrage der AfD Stadtratsfraktion Halle zu den Echtheitsmerkmalen eines Bußgeldbescheides, eines Sondernutzungsbescheides, einer Geburtsurkunde
Vorlage: VI/2019/04853

- Auf Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Herr Lange

AfD Fraktion zu Echtheitsmerkmalen Bußgeldbescheid. Herr Nette.

Herr Nette

Sie verweisen sehr kurz auf die entsprechenden Gesetze. Gesetze sagen dazu eigentlich nichts aus und überlassen Ihnen da den Gestaltungsspielraum. Nutzen Sie den denn?

Herr Lange

Okay.

zu 10.29 Anfrage der AfD Stadtratsfraktion Halle bezüglich der Überführung und Eingliederung von Asylbewerbern und deren Familien bzw. hier im Rahmen des Familiennachzuges neu Angekommener ins SGB II und in den Arbeitsmarkt
Vorlage: VI/2019/04878

- Auf Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Herr Lange

Dann AfD Fraktion zu Überführung Asylbewerber. Wird zur Kenntnis genommen. Dann bin ich ... Ja? Herr Raue, frühzeitiges Melden hilft uns allen.

Herr Raue

Ich hatte noch auf eine Antwort auf die Frage von meinem Kollegen gewartet. Die kam nicht. Und ich habe auch nicht gesehen, dass ...

Herr Lange

Ich habe auch keine Frage verstanden von Ihrem Kollegen.

Herr Raue

Er hatte gefragt: Nutzen Sie Ihren Gestaltungsspielraum?

Herr Lange

Das war eine Aufforderung.

Herr Raue

Ach so.

Herr Lange

Sorry, aber jetzt machen Sie mal den Punkt 10.29.

Herr Raue

Es war eine Frage gewesen. Nutzen Sie diesen Gestaltungsspielraum?

Herr Lange

Wo sind wir denn jetzt? 10.28 – Bußgeldbescheid Echtheitsmerkmale irgendwas. Eigentlich sind wir bei 10.29.

Herr Raue

Na ja, gut.

Herr Lange

Herr Raue, mal ehrlich. Das wäre jetzt nicht ungeschickt, wenn sich Herr Nette deutlicher ausdrücken würde.

Herr Raue

Ist in Ordnung.

Herr Lange

Machen wir mal 10.29 jetzt.

Herr Raue

Genau. Hier habe ich ja im Prinzip zum Familiennachzug von Asylanten und Familien mit humanitären Schutz gefragt: Wie viele Personen wurden aufgrund des Familiennachzugs als Bedarfsgemeinschaften in das SGB II eingegliedert? Und da schreiben Sie mir jetzt: Es gibt zum Familiennachzug keine statistischen Auswertungsmöglichkeiten. Und das schreiben Sie auch zu meiner Frage 3: Wie viele Bedarfsgemeinschaften sind erst ausschließlich auf Grund des Familiennachzugs entstanden? Und da schreiben Sie auch: Es gibt keine Auswertungsmöglichkeiten. Sie wissen auch offenbar gar nicht die Anzahl der Personen, die im Prinzip zu diesen Bedarfsgemeinschaften gehören. Und jetzt weiß ich gar nicht, wie wird denn überhaupt die Anzahl erfasst? Wird die denn erfasst? Und wenn sie nicht erfasst wird, stellt sich einfach am Ende auch wirklich die Frage, wie organisieren Sie denn auch Unterbringung und Versorgung? Denn, wenn da Familiennachzug stattfindet, dann kommen ja die Personen. Die sind ja auch anspruchsberechtigt im Rahmen unserer Sozialfürsorge. Und die müssen ja irgendwo gezählt werden. Und die müssen ja irgendwo registriert werden.

Herr Lange

Frau Brederlow.

Frau Brederlow

Also, zunächst, Herr Raue, stellen Sie Ihre Anfrage im Zusammenhang mit Themen zum Arbeitsmarkt, nämlich SGB II und Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Das erfasst zuständigshalber die Bundesagentur für Arbeit. Und wir haben Sie auch hier auf die Statistiken verwiesen, die im Internet einsehbar sind. Das ist der erste Satz. Das kann Ihnen die Stadt nicht liefern, sondern das ist tatsächlich Aufgabe der Bundesagentur. In dem Zusammenhang werden nicht gesonderte Sozialdaten erfasst. Das wiederum sieht auch das Sozialgesetzbuch so vor, dass solche Daten auch bei der Bundesagentur nicht erfasst werden, ist es nun Familiennachzug und in welchem Zusammenhang. Und ein Querverweis zu prognostizieren, was Sie ja wahrscheinlich vermuten von Familiennachzug, die man über die Ausländerbehörde gegebenenfalls heraus kriegt in das SGB II oder SGB III, nein, das kann man nicht machen, das wäre unseriös.

Herr Lange

Okay.

Herr Raue

Aber liebe Frau Brederlow, Sie haben mich aber zumindest jetzt hier nicht auf irgendeine Statistik verwiesen. Das ist jetzt nicht drin aber das können Sie auch gerne nachliefern.

Frau Brederlow

Das ist der erste Satz.

Zwischenrufe

Da ist ein Link drin, das blau hinterlegte.

Herr Lange

Gut, so, das ist jetzt noch mal zur Aufklärung. Und ...

Herr Raue

Ist in Ordnung. Reicht erst mal.

Herr Lange

Dann danke.

- Ende Wortprotokoll -

zu 11 Mitteilungen

**zu 11.1 Vorschläge zur Reduzierung von Plastikmüll auf Märkten und bei
Veranstaltungen
Vorlage: VI/2018/04721**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 11.2 Information zur Priorisierung der Projektvorschläge zur
Strukturentwicklung im Mitteldeutschen Braunkohlerevier
Vorlage: VI/2019/04943**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 12 mündliche Anfragen von Stadträten

zu 12.1 Anfrage CDU/FDP-Fraktion zum Drogenkonsum

Herr Scholtyssek fragte, wie sich die Zahl der in Suchtberatungsstellen rat- und hilfeschuchenden Klienten seit 2014 entwickelt hat. Weiterhin, wie sich die Entwicklung im Einzelnen bei Opiaten, Kokain und Stimulanzien, wie zum Beispiel Crystal Meth seit 2014 darstellt und zuletzt wie sich die Situation an den halleischen Schulen darstellt.

Frau Brederlow sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.2 Anfrage Frau Dr. Brock zur Umsetzung des Anreizsystems für Hebammen bezüglich der Leistung Wochenbettbetreuung

Frau Dr. Brock bezog sich auf die Anfrage zur Umsetzung des Anreizsystems für Hebammen bezüglich der Leistung der Wochenbettbetreuung (VI/2019/04770) und fragte nach dem Stand.

Frau Brederlow sagte, dass zunächst alle der Verwaltung bekannten Hebammen angeschrieben wurden. In der kommenden Woche wird ein Gespräch mit Frau Chluppka (Landesvorsitzende vom Landeshebammenverband Sachsen-Anhalt e.V.) stattfinden.

zu 12.3 Herr Rupsch zu Fluthilfemaßnahmen

Herr Rupsch fragte, ob auch Projekte in Halle (Saale) von zu wenig zur Verfügung stehenden Fluthilfemitteln betroffen sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verneinte dies.

zu 12.4 Herr Helmich zum Halle-Pass

Herr Helmich fragte, wann ein zweiter Workshop zur Entwicklung von Formalien bezüglich des Mobilitätsbeitrags stattfinden wird und wann mögliche Szenarien für die Erweiterung der Anspruchsberechtigten vorgestellt werden.

Frau Brederlow antwortete, dass im März ein zweiter Workshop stattfinden wird und betreffs der anderen Themen und deren Auswirkungen entsprechend informiert wird.

zu 12.5 Herr Scholtyssek zu Graffiti

Herr Scholtyssek fragte, wann das Prüfergebnis zum Antrag graffitifreie Altstadt (VI/2018/04154) vorgelegt wird.

Frau Ernst sagte, dass dies in der März-Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten vorgestellt wird.

zu 12.6 Herr Scholtyssek zum Treffen einer Bürgerinitiative

Herr Scholtyssek fragte, ob die Verwaltung von der Problematik Lärmbelästigung, Vermüllung, Alkohol- und Drogenkonsum im Wohngebiet am Grünen Feld Kenntnis hat und was sie dagegen unternimmt.

Frau Ernst sagte, dass die Stadtverwaltung das Treffen der Bürgerinitiative am vergangenen Montag begleitet hat. Unter Einbindung des Fachbereichs Sicherheit und der Polizei wurden Lösungen besprochen, über dessen Ergebnis im Anschluss informiert werden kann.

zu 12.7 Herr Bönisch zum Abschleppen von Fahrzeugen

Herr Bönisch bezog sich auf seine Anfrage zum Abschleppen von Fahrzeugen von Taxi-Ständen aus dem Hauptausschuss Mai 2018.

Frau Ernst sagte zu, die entsprechende Beschlusskontrolle noch einmal zu übersenden.

zu 12.8 Herr Bartl zu Spenden der Marianne-Witte-Stiftung

Her Bartl fragte, ob die Verwaltung für bestimmte Erhaltungs- und Unterstützungsmaßnahmen zu wenig Gelder aus der Dr. Marianne-Witte-Stiftung erhält. Er bat um Begründung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.9 Frau Haupt zur Akteneinsicht Ordnungsamt

Frau Haupt fragte, warum die Akteneinsicht in die Unterlagen der Dienstpläne des Ordnungsamtes noch nicht erfolgen konnte.

Frau Ernst sagte, dass die Akte aufgrund des laufenden Verfahrens in Bearbeitung war. Die Fraktion wird informiert, sobald die Akteneinsicht vorgenommen werden kann.

zu 12.10 Herr Dr. Meerheim zu öffentlichen Toiletten

Herr Dr. Meerheim bezog sich auf seine Anfrage aus dem Finanzausschuss Januar 2018 zu öffentlichen Toiletten/Ströer und fragte, ob das Gutachten zum Wert der Toilettenanlagen inzwischen vorliegt.

Frau Ernst sagte, dies im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu beantworten.

zu 12.11 Herr Dr. Meerheim zum Piepton am NT

Herr Dr. Meerheim sagte, dass in Höhe des Café nt seit drei Wochen ab 17 Uhr ein lauter Piepton ertönt. Er bat um Prüfung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Prüfung zu.

zu 12.12 Herr Senius zur Nutzung Außenbereich auf dem Markt

Herr Senius fragte, in welchem Umfang Genehmigungen für Freisitze innerhalb von 24h erteilt werden, nach der Dauer eines durchschnittlichen Genehmigungsverfahrens und nach dem Anteil, wo das Genehmigungsverfahren länger als zwei Wochen andauert.

Frau Ernst wies darauf hin, dass die aktuelle Berichterstattung in den Medien falsch war.

Frau Dr. Marquardt sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.13 Herr Dr. Wend zur Sanierung von Schulen, Kitas und Horten

Herr Dr. Wend fragte, wann die Prioritätenliste für die Sanierung von Schulen, Kitas und Horten von der Verwaltung vorgelegt wird.

Frau Brederlow antwortete, dass die Prioritätenliste derzeit erarbeitet wird. Sie sagte eine Prüfung zu.

zu 12.14 Herr Dr. Wend zur Saalesparkasse

Herr Dr. Wend fragte, ob es für die Förderung sozialer und kultureller Projekte zu Einschränkungen kommen wird, wenn die Saalesparkasse das Rettungsmodell für die Sanierung der angeschlagenen Norddeutschen Landesbank unterstützt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.15 Herr Borggrefe zum Sportparadies

Herr Borggrefe fragte zum aktuellen Stand am Sportparadies im Zusammenhang mit den Vorwürfen gegen den Investor.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, diese Frage im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu beantworten.

zu 12.16 Herr Raue zu Dokumentenprüfgeräte

Herr Raue fragte, wie der Fachbereich Einwohnerwesen die Passüberprüfung vornimmt und ob angedacht ist, Dokumentenprüfgeräte anzuschaffen. Wenn nein, warum nicht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass es sich um eine Angelegenheit des übertragenen Wirkungskreises handelt, so wie bei TOP 9.10 dargelegt. Relevante Anregungen werden von der Verwaltung geprüft.

Die Frage zur Passüberprüfung erfolgt schriftlich.

zu 12.17 Herr Doege zum Marktplatz

Herr Doege fragte, ob die Bestreifung durch den Fachbereich Sicherheit auf dem Marktplatz erhöht werden könnte, da es zunehmend zu Schlägereien, Diebstahldelikten und Notdurftverrichtungen käme.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Stadtwache in Zusammenarbeit mit der Polizei den Markt dauerhaft bestreift. Zudem wird in unmittelbarer Marktnähe ein Standort für städtische Ordnungskräfte eingerichtet.

zu 13 Anregungen

zu 13.1 Anregung der Fraktion MitBürger zur Entwicklung eines Online-Baumkatasters Vorlage: VI/2019/04879

Spätestens die Diskussion um die Lindenallee am Riveufer hat deutlich gemacht, wie wichtig Hallenser*innen eine grüne Stadt mit natürlichen Erholungsräumen ist. Bäume spielen dabei eine wesentliche Rolle. [Immer wieder sorgen Baumfällungen für Diskussionen und geben Anlass dafür, dass sich Bürger*innen im Protest an die zuständigen Stellen der Stadtverwaltung oder an die Stadtratsfraktionen wenden. Neben der Lindenallee am Riveufer gab es in jüngerer Vergangenheit weitere Beispiele für kontrovers diskutierte Baumprojekte, wie zum Beispiel das Wäldchen in Trotha, die Platanen an der Heideallee oder die Baumfällungen im Zuge der Umgestaltung des Universitätsrings.](#)

[Die Stadt Halle \(Saale\) verfügt über ein Baumkataster. In diesem Kataster erfasst die Stadt alle Bäume auf öffentlichen Straßenflurstücken \(z. B. an Straßen, auf Spielplätzen oder in Parks\). In einer Datenbank werden Informationen zu Baumart, Alter, Stammumfang, Höhe, Kronendurchmesser, Standort etc. hinterlegt.](#)

[Um Hallenser*innen die Möglichkeit zu geben, sich über den Baumbestand ihrer Stadt zu informieren, regt die Fraktion MitBÜRGER eine interaktive Darstellung aller Stadtbäume auf einer Online-Karte an. Beispiele für ein solches browsergestütztes Online-Baumkataster gibt es in Hamburg \(<https://www.hamburg.de/strassenbaeume-online-karte/>\) und in Köln \(<https://www.ksta.de/interaktiv/koelner-baumkataster-das-sind-die-groessten--aeltesten-und-kuriosesten-baeume-koelns-28757718>\)](#)

[Darüber hinaus wird angeregt, das Baumkataster als offene Daten auf dem Open-Data-Portal der Stadt Halle \(Saale\) \(\[opendata.halle.de/\]\(https://opendata.halle.de/\)\) zu veröffentlichen. Rostock, Frankfurt, Leipzig, Köln sind einige der Städte, die ihre Baumkataster bereits als Open Data zur Verfügung stellen.](#)

zu 13.2 Anregung der Fraktion MitBürger zur Einführung einer Online-Kitaplatztauschbörse Vorlage: VI/2019/04882

Die Suche nach einem Betreuungsplatz für ihre Kinder gestaltet sich für Eltern oft schwierig. Ineffiziente und intransparente Vergabeverfahren führen zu beruflicher Planungsunsicherheit für Eltern und zu einem erheblichen Verwaltungsaufwand.

Die **Fraktion MitBÜRGER** freut sich darüber, dass der Eigenbetrieb Kindertagesstätten bis Ende Februar ein neues Vergabesystem für die Kitaplatzvergabe entwickeln wird.

Zusätzlich zur geregelten Platzvergabe über ein Online-Portal wird angeregt, eine Online-Tauschbörse für Kitaplätze einzuführen. Ein solches Angebot unterstützt Eltern, die aufgrund eines Wohnort- oder Arbeitsortwechsels einen geeigneteren Kitaplatz suchen. In dieser Tauschbörse können Tauschbedarfe durch Eltern angezeigt und eingesehen werden. Unter Beachtung datenschutzrechtlicher Vorgaben kann diesen Eltern so die Möglichkeit gegeben

werden, im Einvernehmen mit den betroffenen Kitaträgern, eine für alle Beteiligten vorteilhaftere Lösung zu finden.

zu 14 Anträge auf Akteneinsicht

**zu 14.1 Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle auf Akteneinsicht zum Sicherheitskonzept der Stadt Halle auf dem Halleschen Marktplatz zu besonderen Anlässen wie dem Halleschen Weihnachtsmarkt
Vorlage: VI/2019/04788**

Die Akteneinsicht wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 14.2 Antrag auf Akteneinsicht der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU/FDP-Fraktion) in alle den Stadtteil Kröllwitz aktuell betreffende Bau- und Verkehrsplanungen der Stadtverwaltung sowie diesbezüglicher Vorhaben Dritter
Vorlage: VI/2019/04908**

Die Akteneinsicht wurde zur Kenntnis genommen.

zu 14.3 Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) in sämtliche Grundstücksverkäufe der EVG im STAR PARK

Die Akteneinsicht wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Lange gab bekannt, dass er sein Amt als Stadtratsvorsitzender zum 25.03.2019 niederlegt.

Er beendete die öffentliche Sitzung des Stadtrates und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Hendrik Lange
Vorsitzender des Stadtrates

Maik Stehle
Protokollführer